Deutsche
Vaterlands-Bibliothek.

Dritter Theil.

Deutsche Parlaments-Bücher.

Erster Theil.

Stuttgart, 1848.
Franz Heinrich Köhler.

Deutsche
Parlaments-Bücher.

Erster Theil.

Das Vorparlament.

Stuttgart, 1848.
Franz Heinrich Köhler.

Der Herausgeber der „deutschen Parlamentsbücher" hält es für passend, das Erscheinen derselben mit einigen Worten zu motiviren.

Nach seiner Wahrnehmung sind nämlich die Verhandlungen des Parlaments noch nicht entfernt in succum et sanguinem des Volkes eingedrungen, welches doch die Männer erwählte, deren Beschlüsse auf das Wohl und Wehe eines jeden Deutschen von dem entschiedensten Einflusse sind, daher das größte Interesse für Jedermann haben sollten. — Die bisherigen Veröffentlichungen scheinen zwar für den ersten Anschein diesem Bedürfnisse zu genügen, in der That jedoch ist dieß nur

vorübergehend der Fall, denn die Zeitungsberichte dienen bei aller Ausführlichkeit doch nur zur Befriedigung des ersten Reizes der Neuheit, und sind ihrer Form nach ephemer. Die eigentlichen Protokolle oder stenographischen Berichte aber sind durch die Ueberfülle des Stoffes als Lektüre für das große Publikum nicht zu benutzen, somit wollte der Herausgeber einen Mittelweg einschlagen, um die Verhandlungen in einer passenden Form und Auswahl leichter zugänglich und bleibend genießbar zu machen.

Diesem Plane gemäß sollen nur die Hauptverhandlungen über Lebensfragen der Nation in Gruppen gebracht werden, nämlich z. B.

1) das Vorparlament.
2) Eröffnung und Constituirung des Parlaments. Der Raveaux'sche Antrag mit der Diskussion.
3) Die Berathung über die provisorische Centralgewalt.
4) Aus der Berathung über die Grundrechte des deutschen Volkes die Hauptmomente.

5) Desgleichen über das Kirchen- und Schulwesen.

6) Desgleichen über den gegenwärtigen Stand der Wehrhaftigkeit Deutschlands.

7) Desgleichen über Wesendonck's Antrag über das Benehmen Hannovers.

8) Die Einführung des Reichsverwesers. Die Bildung des Reichsministeriums.

9) Die Posener (polnische) Frage.

10) Ueber Trennung der Kirche vom Staat.

11) Ueber Schoder's Antrag über die Civillisten u. s. w.

Die Durchführung dieses Planes gestattete nicht, die Reihenfolge der Sitzungen einzuhalten, vielmehr wurde aus den betreffenden Sitzungen das gewählt und angeschlossen, was zur fortlaufenden Darstellung des behandelten Thema's hieher gehörte. Wie nun der Herausgeber diese Idee durchgeführt hat, möge gegenwärtige Bearbeitung des Vorparlaments, noch mehr aber das nächstfolgende im Druck begriffene Bändchen „der Raveaux'sche

Antrag" bezeugen. Durch Beseitigung alles minder Wichtigen, aller Wiederholungen, Unterbrechungen und Zwischenfälle erscheinen hier die Berathungen über die höchsten Angelegenheiten des Volkes wie in einem Gusse, die ausgewähltesten Reden reihen sich aneinander wie eine funkelnde Perlenschnur und nähern sich zugleich mehr der Form der Unterhaltung, wodurch man das große Publikum fesseln muß, welches vor allem Trockenen und Langweiligen zurückschreckt, und selbst das dazwischen liegende Interessante verschmäht, wenn es nicht in ansprechender Form zugänglich gemacht wird.

Stuttgart, am 1. Sept. 1848.

F. H. K.

Bericht

über

die erste Zusammenkunft in Heidelberg,

am 5. März 1848.

Heute waren hier 51 Männer versammelt aus Preußen, Bayern, Würtemberg, Baden, Hessen, Nassau und Frankfurt, fast alle Mitglieder von Ständekammern, um in diesem Augenblicke der Entscheidung über die dringendsten Maßregeln für das Vaterland sich zu besprechen.

Einmüthig entschlossen in der Hingebung für Freiheit, Einheit, Selbständigkeit und Ehre der deutschen Nation, sprachen Alle die Ueberzeugung aus, daß die Herstellung und Vertheidigung dieser höchsten Güter im Zusammenwirken aller deutschen Volksstämme mit ihren Regierungen — so lange auf diesem Wege Rettung noch möglich ist — erstrebt werden müsse.

Einmüthig nicht minder war der tiefe Ausdruck des Schmerzes, daß die traurigsten Erfahrungen über die

Wirksamkeit der deutschen Bundes-Behörde das Vertrauen zu derselben so sehr erschüttert haben, daß eine Ansprache der Bürger an sie die schlimmsten Mißklänge hervorrufen würde. Tief betrübend in einem Augenblicke, wo diese Behörde sich auf die traurigen Erfahrungen der Geschichte beruft und mit schönen Worten von der hohen Stellung spricht, welche die Nation unter den Völkern einzunehmen berufen ist, wo sie jeden Deutschen zu vertrauensvollem Mitwirken auffordert — tief betrübend in diesem Augenblick ist die Erinnerung, daß sie selbst den Deutschen verboten hat, Vorstellungen an sie zu richten.

Die Versammelten sprachen ihre Ueberzeugung von dem, was das Vaterland dringend bedarf, einstimmig dahin aus:

„Deutschland darf nicht durch Dazwischenkunft in die Angelegenheiten des Nachbarlandes oder durch Nichtanerkennung der dort eingetretenen Staatsveränderung in Krieg verwickelt werden.

„Die Deutschen dürfen nicht veranlaßt werden, die Freiheit und Selbständigkeit, welche sie als ihr Recht für sich selbst fordern, anderen Nationen zu schmälern oder zu rauben.

„Die Vertheidigung der Deutschen und ihrer Fürsten darf hauptsächlich nur in der Treue und dem bewährten Kriegsmuthe der Nation, nie in einem russischen Bündnisse gesucht werden.

„Die Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung

ist unaufschiebbar, sowohl zur Beseitigung der nächsten inneren und äußeren Gefahren, wie zur Entwickelung der Kraft und Blüthe deutschen Nationallebens."

Um zur schleunigsten und möglichst vollständigen Vertretung der Nation das Ihrige beizutragen, haben die Versammelten beschlossen:

„Ihre betreffenden Regierungen auf das Dringendste anzugehen, sobald und so vollständig als nur immer möglich ist, das gesammte deutsche Vaterland und die Throne mit diesem kräftigen Schutzwalle zu umgeben.

„Zugleich haben sie verabredet, dahin zu wirken, daß baldmöglichst eine vollständigere Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Volksstämme zusammentrete, um diese wichtigste Angelegenheit weiter zu berathen und dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten."

Zu dem Ende wurden sieben Mitglieder ersucht, hinsichtlich der Wahl und der Einrichtungen einer angemessenen Nationalvertretung Vorschläge vorzubereiten und die Einladung zu einer Versammlung deutscher Männer schleunigst zu besorgen.

Eine Hauptaufgabe der Nationalvertretung wird jedenfalls die Gemeinschaftlichkeit der Vertheidigung und der Vertretung nach Außen sein, wodurch große Geldmittel für andere wichtige Bedürfnisse erspart werden, während zugleich die Besonderheit und angemessene Selbstverwaltung der einzelnen Länder bestehen bleibt.

Bei besonnenem treuen und mannhaften Zusammenwirken aller Deutschen darf das Vaterland hoffen, auch

in der schwierigsten Lage Freiheit, Einheit und Ordnung zu erringen und zu bewahren, und die Zeit einer kaum geahnten Blüthe und Macht freudig zu begrüßen.

Bandlin, Würt.
Barchet, Würt.
Bassermann, Bad.
Becher, Würt.
Binding I., Frankf.
Bissing, Bad.
Brentano, Bad.
Brunck, Hess.
Buhl, Bad.
Carové, Rh.-Pr.
Christmann, Bayer.
Dressel, Vater Nass.
Eppelsheim, Bayer.
Fetzer, Würt.
Frank, Hess.
v. Gagern, Hess.
Gervinus, Bad.
Hansemann, Rh.-Pr.
Häuser, Bad.
Hagen, Bad.
Hecker, Bad.
Dr. Heldmann, Hess.
Helmreich, Bad.
v. Itzstein, Bad.
Dr. Jucho, Frankf.
Kapp, Bad.
Kirchgeßner, Bayer.
Langen, Hess.
Lehne, Hess.
Leisler, Emil, Nass.
Matthy, Bad.
Peter, Bad.
Raffauf, Rh.-Pr.
Redwitz, Würt.
Römer, Würt.
Sachs, Bad.
Schmitt, Reg.-Rth., Bad.
Schweickard, Würt.
v. Soiron, Bad.
Stedtmann, Rh.-Pr.
Stockinger, Bayer.
Stößer, Bad.
v. Struve, Bad.
Welcker, Bad
Weller, Bad.
Wernher, Darmst.
Wiesner, Oesterr.
Wiest, Wurt.
Willich, Bayer.
Winter, Bad.
Witzemann, Würt.

Aufruf der Siebener-Commission.

Der Ausschuß, welchen die zu Heidelberg am 5. März versammelten deutschen Männer beauftragten, vorläufig die Grundlagen einer nationalen deutschen Parlamentsverfassung zu berathen, hat über diese Grundlagen sich soweit geeinigt, daß dieselben einer größern Versammlung der Männer des Vertrauens unseres Volkes zur weiteren Berathung vorgelegt werden können. Wir laden demgemäß alle früheren oder gegenwärtigen Ständemitglieder und Theilnehmer an gesetzgebenden Versammlungen in allen deutschen Landen (natürlich Ost- und Westpreußen und Schleswig-Holstein mit einbegriffen) hiermit ein, sich Donnerstag 30. März in Frankfurt a. M. zu dieser Berathung einzufinden. Eine bestimmte Anzahl anderer durch das Vertrauen des deutschen Volks ausgezeichneten Männer, die bisher nicht Ständemitglieder waren, werden noch besondere Einladungen erhalten. Alle diejenigen, welche dieser Einladung Folge leisten, bitten wir, am 30., als dem Anmeldungstage, oder vor der ersten Sitzung am 31. in dem Anmeldungsbureau, welches die Frankfurter Blätter noch besonders bezeichnen werden, ihre Namen einschreiben und ihre Eintrittskarten abholen zu wollen.

Heidelberg, den 12. März 1848.

Binding I. Gagern. Itzstein.
Römer. Stedtmann. Welcker.
Willich.

Verhandlungen des Vorparlaments.

Erste Sitzung, am 31. März 1848.

Am 31. März 1848, 8½ Uhr Morgens, versammelten sich die Mitglieder des Vorparlaments im Kaisersaale des Römers zu Frankfurt am Main.

Es wurde den erschienenen Deputirten ein Programm der Siebener-Commission für die Berathungen der Versammlung, sowie eine Geschäftsordnung eingehändigt.

Ersteres lautet wie folgt:

Programm.

I. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern.

II. Ein Senat der Einzelstaaten.

III. Ein Haus des Volkes, hervorgehend aus Urwahlen nach dem Maßstabe von 1 zu 70,000.

IV. Competenz des Bundes durch Verzichtung der Einzelstaaten auf folgende Punkte zu Gunsten der Centralgewalt:

1) Ein Heerwesen,

2) eine Vertretung gegenüber dem Auslande,
3) ein System des Handels, der Schifffahrtsgesetze, des Bundeszollwesens, der Münze, Maaß, Gewicht, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen,
4) Einheit der Civil- und Strafgesetzgebung und des Gerichtsverfahrens. Ein Bundesgericht.
5) Verbürgung der nationalen Freiheitsrechte.

V. Der Beschluß der Einberufung der constituirenden Nationalversammlung auf obige Grundlagen erfolgt durch die mit Vertrauensmännern verstärkten Bundesbehörden.

VI. Ein aus gegenwärtiger Versammlung zu wählender permanenter Ausschuß von fünfzehn Mitgliedern ist beauftragt, die Vollziehung der Einberufung der constituirenden Nationalversammlung zu betreiben. Wenn innerhalb vier Wochen von heute der Zusammentritt nicht erfolgt ist, so tritt diese Versammlung am 3. und 4. Mai hier wieder zusammen. Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausschuß die Versammlung auf einen frühern Termin zusammenberufen.

Hierauf wurde als Alterspräsident der Versammlung Herr Bürgermeister Smidt aus Bremen vorgestellt. Sodann schritt man zur Wahl eines Präsidenten. Sie fiel auf den Geheimen-Rath Mittermaier aus Heidelberg.

Darauf wählte die Versammlung als Vice-

präsidenten die Herren Dahlmann aus Bonn, v. Itzstein aus Mannheim, Robert Blum aus Leipzig, Jordan aus Marburg. Zu Sekretären wurden gewählt die Herren Bauer aus Bamberg, Schwarzenberg aus Kassel, Wolfgang Müller aus Düsseldorf, G. Varrentrapp aus Frankfurt a. M., Kierulff aus Rostock, Blankenhorn aus Mülheim, Briegleb aus Koburg, H. Simon aus Breslau.

Um 9½ Uhr war dieses erste Geschäft erledigt, und hierauf hielten die Abgeordneten unter dem Geläute aller Glocken und dem Donner der Geschütze ihren feierlichen Einzug durch Spaliere der Bürgergarde in die Paulskirche.

Der Präsident eröffnete die Sitzung mit einer Rede, der wir Folgendes entnehmen: Deutsche Männer und Freunde! Was ist es denn, das die Bewohner dieser Stadt bewegt, so festlich ihre Häuser und Straßen zu schmücken? Was ist es, das die Freunde aus allen Theilen des lieben deutschen Vaterlandes nach Frankfurt ruft? Was ist es, das Sie hier in diesen heiligen Hallen versammelt? Es ist das Erwachen des Riesen. Dieser Riese heißt Volksgeist. Er ist erwacht. Zu beklagen ist es, daß man nicht schon lange das Rütteln und die Vorahnungen dieses Erwachens verstanden hat. Es würde dann anders um Deutschland stehen. Wir sind, meine Freunde, hier versammelt. Zwar haben wir von dem deutschen Volke keine förmliche Vollmacht, aber wir haben die Vollmacht vom Volke, so wie sie die Zeit der Noth geschaffen hat, um Elend abzuwenden, das

onst unvermeidlich hereinbricht. Wir handeln wie Geschäftsführer. Wir bringen mit in diese Versammlung das warme Herz für das deutsche Volk, wir bringen mit die Liebe zum Vaterlande, und ich sage, die Liebe zu dem ganzen Volke, nicht zu den Bevorrechteten allein, denen der Zufall reiche Glücksgüter geschenkt hat, wir bringen sie mit unsere warme Liebe für jene Mehrheit des Volkes, die im Schweiße ihres Angesichts mühsam ihr Brod sich verdient und die fordert, daß auch endlich einmal das Bedürfniß einer Besserung der socialen Verhältnisse befriedigt werde. Jener Riese ist es, der an die Pforte klopft und ernst daran klopft. Wir verstehen ihn und werden das Mahnen seiner Stimme würdigen und begreifen. Wir haben, meine Herren und Freunde! meine deutschen Männer! einen erhabenen Beruf. Käme es nur darauf an, in das uralte Gebäude irgend einen neuen Balken einzuschieben, solches, wenn auch mit noch so liberalem Anstriche neu überzutünchen und ihm so eine hübschere Gestalt zu geben, wir würden unsere Aufgabe schwerlich lösen; eben so wenig wenn wir in diesem Saale nur schöne Reden hielten. Wir müssen handeln und den Ernst der Zeit begreifen, und ich, der ich darüber wachen soll, daß die Geschäftsordnung gehandhabt werde, muß selbst die Zeit erwägen, die jedem der Redner hier vergönnt ist, und auch ich als Präsident, der dieselbe sonst mit einer schönen Rede begrüßen möchte, habe nichts Anderes zu thun, als Ihnen für ihr Vertrauen zu danken. Ich weiß, Sie tragen nur Ein Gefühl in ihrem Herzen, ein Ge-

fühl für das Vaterland, allein davon werden Sie auch vor Allem durchdrungen sein, daß mehr als je die Eintracht Noth thut, daß das, was wir nun berathen wollen, zum Heil unseres lieben Vaterlandes dienen muß. Diesem Gefühle müssen wir Alles opfern. Wir müssen alle persönliche Vorliebe aufgeben und bereit sein, jedes Opfer zu bringen, damit unsere ganze Aufgabe zum Ziele geführt werde. Wir müssen, selbst wenn Jeder von uns vielleicht ein Ideal in seiner Brust trüge, das ihm vorschwebte, erwägen, daß es würdiger ist, wenn nach praktischem Geiste Etwas zu Stande gebracht werden soll, selbst diesem Ideale zu entsagen, nur als Leitstern vor uns tragend und darnach ringend, aber doch nicht abweichend von dem einen Streben, das unseren Verhältnissen und den Bedürfnissen von ganz Deutschland entspricht, von der Liebe zu dem Vaterlande. Die Eintracht verbindet. So manche Gauen des lieben deutschen Vaterlandes sind zwar nicht so zahlreich vertreten, als andere, und wie besonders der Süden es ist. Aber wir reichen allen die Bruderhand und mit uns stimmen in diesem Augenblick Millionen unserer Brüder. Ihre Augen sind auf uns gerichtet. Rechenschaft fordern sie von uns und wir müssen, wenn wir nach Hause zurückkehren, das Gefühl mitbringen, daß wir vor Keinem, der uns mahnt und uns zur Rechenschaft ziehen will, die Augen niederschlagen dürfen und nicht sagen müssen, wir haben unsere Pflicht nicht gethan. Lassen Sie uns schnell zu dem Werk schreiten, denn jede Minute drängt. Meine Losung, worüber ich wa-

chen will, ist die: Freiheit der Aeußerung. Mir dünkt, man habe vor Freiheit sich nicht zu scheuen. Es gibt in der physischen, so auch in der moralischen Welt, im Leben der Einzelnen, wie im großen Ganzen ein siegendes, gesundes Element; es ist wie der Geist Gottes, der über dem Wasser schwebt, es waltet der Geist der Ordnung, der zuletzt siegen muß. Aber Freiheit der Aeußerung muß hier herschen, und Niemand darf erschrecken auch vor dem kühnsten der Worte und dem kühnsten der Anträge. Wir würden uns selbst nicht ehren, wenn wir diese Freiheit nicht achteten. Da wo die Worte eines Andern verdächtigt, wo durch Persönlichkeiten die Schranken des parlamentarischen Anstandes überschritten werden, muß der Ordnungsruf ertönen. Ein Wort der Mahnung zur Ordnung muß stattfinden, und ich bin auch überzeugt, daß es nur einer einfachen Mahnung bedarf.

Sie, meine Freunde, begreifen, daß in diesem Augenblicke, wo wir hier versammelt sind, es darauf ankommt, die Wünsche und Forderungen des deutschen Volks auszusprechen. Es sollen dieß Grundzüge für eine künftige constituirende Versammlung sein, Grundzüge, hervorgegangen von Männern, die aus dem großen Reiche des Volkes hervorgetreten und zugleich die Stimme ihrer Gegend und ihrer Freunde aussprechen. Aus den verschiedenen Abstimmungen wird sich dann ein Ganzes gestalten. So wie wir wissen, was das deutsche Volk fordert, werden wir berathen, wie solches ins Leben geführt werden und die formelle Gestaltung

Deutschlands sein solle, wenn der Geist und zwar der Volksgeist sie belebt. Sie fühlen es Alle, meine Freunde, es kommt nicht darauf an, daß in Augenblicken, wo das Zeichen der allgemeinen Bewegung, wo die Noth drängt und zu Nachgiebigkeit bewegt, die Berathung schnell beendigt werde. Es kommt darauf an, Garantieen zu geben und darauf, wie diese am schnellsten zur Beruhigung des Volks ins Leben gerufen werden können. Lassen Sie uns beginnen mit dem freudigen stolzen Gefühle, daß es nur das Wohl unseres geliebten Deutschlands ist, was wir hier thun und beschließen.

v. Struve aus Baden: Mitbürger und Freunde! Ich ergreife das Wort, um im Namen meiner Gesinnungsgenossen einen Antrag zu stellen. Derselbe lautet: „Wir Endesunterzeichneten stellen den Antrag an das deutsche Parlament zu Frankfurt am Main, dasselbe wolle sofort folgender Zusammenstellung der Rechte des deutschen Volks ihre Anerkennung ertheilen und über deren Verwirklichung wachen, anerkennen die Rechte des deutschen Volkes:

Eine lange Zeit tiefster Erniedrigung lastet auf Deutschland. Sie läßt sich bezeichnen durch die Worte: Knechtung, Verdummung und Aussaugung des Volkes. Willkürherrschaft, Reichthümer und Ehren für die Machthaber und ihre Schergen. Unter dem Einflusse dieses Systems der Tyrannei, welches noch immer, wenn auch in seiner Kraft gebrochen, doch dem Wesen nach fortbesteht, ist Deutschland mehr als einmal an den Rand des Verderbens gebracht worden. Es hat viele seiner

schönsten Provinzen verloren, andere werden schon aufs schwerste bedroht. Die Noth des Volkes ist unerträglich geworden. Sie hat sich in Oberschlesien bis zur Hungerpest gesteigert.

Daher haben sich alle Bande gelöst, welche das deutsche Volk an die bisherige sogenannte Ordnung der Dinge geknupft hatten, und es ist die Aufgabe der Versammlung deutscher Männer, welche sich am 31. März l. J. zu Frankfurt a. M. vereinigt hat, neue Bande vorzubereiten, mit denen das gesammte deutsche Volk zu einem freien und großen Ganzen umschlungen werden soll.

Sicherheit des Eigenthums und der Person, Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle ohne Unterschied der Geburt, des Standes und des Glaubens ist das Ziel, nach welchem das deutsche Volk strebt. Die Mittel zu demselben zu gelangen, sind folgende.

Hierauf verlas v. Struve 15 Paragraphen über eine ganze Neugestaltung Deutschlands in republikanischem Sinne, die aber, als dem Hauptparlamente vorgreifend, nicht zur Berathung gelangten. Der hierauf von Schaffrath gestellte Antrag, eine Commission zur Prüfung des Siebener-Programmes, des Struve'schen Antrages, so wie aller übrigen Anträge zu ernennen, wird im Laufe der Discussion verworfen.

Eisenmann aus Nürnberg: Ich beschränke mich kurz auf eine praktische Frage, die Ihnen auf den ersten Blick einleuchten wird. Sind wir eine constituirende Versammlung? Ich sage nein, denn wir haben

keine Gesetzgebungsgewalt. Was ist nun unsere Aufgabe? Wir wollen das deutsche Parlament herbeiführen, das die Gesetzgebungsgewalt hat, und wie wollen wir in der kürzesten Zeit oder wie man schon gesagt hat, in vier Wochen und auf die volksthümlichste Weise ein solches Parlament herbeiführen? Wenn ein Antrag gestellt wird, der allein vier Wochen in Anspruch nimmt, und ein zweiter kommt, der auch Zeit in Anspruch nimmt, so werden wir in sechs Wochen noch da sitzen und das gewünschte deutsche Parlament wird nur ein Traum sein. Es handelt sich nicht darum, ob überhaupt eine Republik errichtet werden oder ein Präsident da sein solle. Es handelt sich darum, die Möglichkeit herzustellen, daß eine wirkliche und legislatorische Berathung hierüber stattfinde. Richten Sie daher ohne alle Befangenheit und Persönlichkeit Ihren Blick auf die Hauptsache und lassen Sie alle Fragen der Siebener-Commission aus dem Spiel. Beschäftigen Sie sich einzig und allein mit der Frage, wie das deutsche Parlament am schnellsten hergestellt werden kann. Ueber die Verfassung und die Einigkeit die bessern Beschlüsse fassen, ist demnach verlorene Zeit, denn das deutsche Parlament muß von Neuem anfangen. Wir haben auch kein Mandat dazu de jure und keines aus Billigkeit. Oesterreicher sind gar nicht da, und die mächtigen Stämme der Norddeutschen sind eben so wenig vertreten. Wir können dasjenige nicht als öffentliche Meinung von Deutschland ausgeben wollen, was vielleicht der lebhafte Wunsch einzelner Provinzen ist. Der Herr Präsident sollte deß-

halb darüber abstimmen lassen, ob wir wirklich die einzelnen Fragen in Betreff des deutschen Parlaments discutiren sollen, und sofern eine solche Discussion stattfindet, so unterstütze ich auch den Antrag des Herrn Schaffrath, daß ein Ausschuß die Sache vorbereite. Sie werden sich aber überzeugen, daß es ein reiner Zeitverlust ist, und wir sollten uns deßhalb nur darauf beschränken, die Wahlart zu bestimmen und möglich zu machen, daß in vier Wochen ein Parlament zu Stande komme.

Gagern aus Darmstadt: Erlauben Sie mir vor Allem, daß ich Ihnen sage, wie das Programm der Siebener-Commission entstanden ist; denn es wird dieß zur Aufklärung unserer Berathung beitragen. Zu derselben Zeit, als zum ersten Male die Versammlung in Heidelberg aus Ein und funfzig Mitgliedern zusammentrat, und man schon damals von der Ueberzeugung beseelt war, daß Deutschland unter einer Nationalversammlung sich neu gestalten müsse, waren mehrere auch bald in der Lage, für die Ausführung dieser Idee Etwas zu thun, dafür berufen, im öffentlichen Leben handelnd aufzutreten. Durch diese Verbindlichkeit, die wir der Nation gegenüber übernommen hatten, waren wir genöthigt, schnell Schritte zu thun, um jener Verbindlichkeit zu genügen, damit man nicht uns nachsagen könne, wir hätten bloß versprochen, und hielten das Versprochene nicht. Von den Staaten, die zunächst am Rhein sich gruppiren, nämlich Nassau, Hessen und Baden ist darauf eine Gesandtschaft ausgeschickt worden,

um für übereinstimmende Principien der künftigen Gestaltung Deutschlands die Regierungen der deutschen Länder zu gewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen, mußten Punkte der Vereinbarung aufgestellt werden, und diejenigen Grundsätze nun, die wir unserer Gesandtschaft als Instruction gaben, bilden das Programm in seinen vier ersten Punkten. Es sind dieß aber auch dieselben Grundsätze, welche die Ein und fünfzig, die in Heidelberg zusammentraten, damals schon zur Grundlage ihrer Bestrebungen genommen haben. Ich verkenne nicht die Wahrheit dessen, was Herr Eisenmann gesagt hat, daß nämlich seitdem fast ein Jahrhundert von Thaten an uns vorübergehen, während die Zeit selbst nur in drei Wochen sich einengt. Indessen glaube ich doch nicht, daß wir in der heutigen Versammlung jene Grundsätze unberührt und unausgemacht lassen dürfen, auf welche Basis Deutschland nach der Ansicht dieser Versammlung sich künftig gestalten solle. Wir sind vielmehr berufen, heute schon uns darüber auszusprechen. Glauben Sie, daß wir die Grundsätze verkündigen sollten, die Herr v. Struve in seinem Antrag uns vorlegte? Glauben Sie, daß wir es in einem Augenblicke thun sollten, wo es gilt, praktische Aufgaben zu lösen, Deutschland zu vereinigen, für die Schicksale, die ihm so nahe bevorstehen und für den Fall eines Kriegs, in dem Polen frei werden soll, zu kräftigen? Glauben Sie, daß das der Weg wäre, den Credit wieder zu heben und die Nahrungslosigkeit zu beseitigen, die auf uns Alle drückt?

Wir wollen praktische Fragen an die Spitze unseres Programms stellen. Lassen Sie uns nur deutsch sprechen und sagen, daß die große Mehrheit von Deutschland und auch von Süddeutschland nicht gehörig vertreten ist, und daß es sich von den Vorschlägen einer Minorität handelt, die nach Problemen hascht und unerreichbare Dinge erstrebt. Die Gesammtheit muß uns am Herzen liegen und wir wollen einen Aufruf an Deutschland in diesem Sinne erlassen. Es gibt noch Prinzipien der Freiheit, um die man sich schaaren und nach denen Freiheit bestehen kann, ohne daß man sich auf Probleme einläßt. Sprechen Sie die Ansicht dieser Versammlung aus, damit sie in Deutschland widerhalle, in Preußen an der Nord- und Ostsee, in Oesterreich und bis nach Ungarn hin, die Ansicht, daß wir an der Monarchie festhalten, daß wir zwar eine Versammlung bilden, welche die Freiheit will und um des Volks und der Volkssouveränetät willen besteht, aber dem Prinzip der Monarchie im Staate treu bleibe und zugleich der Nothwendigkeit der Durchführung einer Einheit huldige. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, die Berathung fortzusetzen. (Wiederholter Bravoruf.)

Hecker aus Baden: Ich denke, Bürger, wir sind nicht zusammengekommen, um im Galopp fertig zu werden, um in zweimal vier und zwanzig Stunden, während welcher jeder Redner zehn Minuten Zeit zum Sprechen hat, die großen Angelegenheiten der Nation zu beendigen. Meinen Sie denn, unser Volk glaube, wir seien hieher gekommen, um mit einigen Reden in

einem Programm nach zweimal vier und zwanzig Stunden wieder auseinander zu gehen? Nein, es blickt auf uns und sucht in uns einen Sammelpunkt, es erwartet ihn in uns, da die Regierungen in Ohnmacht aus einander gefallen sind. Es blickt, mit einem Wort, in seinen geistigen, politischen und materiellen Gütern mit Vertrauen auf uns, und deßhalb verdamme ich eine Geschäftsordnung, die uns in zweimal vier und zwanzig Stunden zwingen will, die Angelegenheiten des Volkes zu berathen. Bedenken Sie, daß auch geheime Feinde, daß die Anhänger einer gestürzten Partei, mit mißliebigen und gehässigen Augen auf uns sehen. Wir wollen diesen keine Freude machen, und gehen wir nach zweimal vier und zwanzig Stunden auseinander, so wird auch das Volk Jeden von uns mit Recht zur Rechenschaft ziehen. Ein Mitglied hat darauf aufmerksam gemacht, daß man nur ein deutsches Parlament zusammen bringen solle. Dieses bringen wir aber nicht zusammen, wenn wir nach zweimal vier und zwanzigstündiger Berathung über ein Programm wieder auseinander gehen. Man erwartet etwas Anderes. Man hofft, daß wir permanent beisammen bleiben, bis die Nationalversammlung zusammen gekommen ist. (Bravo.) Wenn wir nicht beisammen bleiben und nicht die einzige Drohung, die uns auf legalem Wege zu Gebote steht, nämlich die des Beisammenbleibens gebrauchen, so haben wir die Sache der Freiheit um fünfzig Jahre zurückgeschoben. (Wiederholtes Bravo.) Es ist dieß die Ueberzeugung von vielen Tausenden. Was verlangt das Volk

eigentlich von uns? Man hat die von Herrn v. Struve übergebene Erklärung kritisirt und gesagt, eine Berathung darüber würde zu sehr in das Detail gehen. Was thaten denn aber die Nordamerikaner, die Ihr Alle anruft? Sie traten zusammen, und ehe sie die Verfassung machten, gaben sie in ihrer Versammlung eine Erklärung der Rechte der Nation und der Menschen ab. Sie gingen damit ihrer amerikanischen Verfassung voraus, und wenn wir eine solche Erklärung in diesem Hause abgeben, die von dem Volke gewählte gesetzgebende Versammlung aber dieselbe später nicht billigen will, so hat sie Recht, sie zu verwerfen. Beisammen müssen wir aber bleiben, bis eine solche Versammlung da ist, denn ich fürchte, daß sie sonst gar nie zu Stande kommt. Was wir hier in gutachtlichen Aeußerungen und Erwägungen niedergelegt haben, das übergeben wir den Bevollmächtigten des Volkes, damit diese es prüfen. Wir haben dann jedenfalls einen Schritt vorwärts gethan und der künftigen Versammlung vorgearbeitet. Das Programm können wir aber nicht berathen, ohne daß vorher ein Ausschuß über die Anträge, Wünsche und Ansichten dieser Versammlung einen Gesammtbericht erstattet hat. Denn das Programm ist schon logisch nicht haltbar. In dem §. 1. ist dort davon die Rede, ob wir ein Bundeshaupt haben sollen. Das kommt mir vor wie die göttliche Legitimität, welche zuerst sagt: Ich, der König, und die dann nach dem Volke sucht. Zuerst hätte man die Nationalversammlung mit ihren Rechten und Befugnissen ausstatten oder wenigstens

benennen sollen, und hätte man dann eine Grundlage gehabt und wir uns selbst die Ehre angethan, ein Volk zu sein, dann hätten wir die Glieder bis zu der letzten Spitze hinauf suchen können. Wenn aber schon an der Spitze das Bundeshaupt steht, so haben Sie sich gewissermaßen selbst die Schlinge um den Hals gezogen, Sie haben ein Souveränitätsprincip an die Spitze gestellt, aus dem Sie nur Consequenzen ziehen können, und Alles Uebrige ist Nichts. Ich ehre die Herren von der Siebener-Commission; sie sind mir befreundet, allein sie werden auch dem Manne die Kritik ihres Werkes in der von mir geschehenen Weise gestatten. — Man hat gesagt, unsere Brüder aus Oesterreich und aus dem Norden seien nicht gekommen, und wer diejenigen seien, die hier berathen wollen; wir hätten keine Vollmacht. Ei dann, Bürger und Mitbürger, können wir auch das Programm nicht berathen, und wenn man uns mit dem voraus gefertigten Programm zwingen will, die einzelnen Punkte desselben zu berathen und etwa nur Unter-Amendements anzubringen, so sage ich voraus, und habe es auch schon oft wahrgenommen, daß dann ungeachtet des Widerspruchs der Mehrheit der Versammlung lediglich das Programm angenommen würde, indem es unlogisch und widerspruchsvoll ausfallen müßte, wenn man hier und dort nur Amendements hineinflicken, und sich damit helfen wollte. Es sollte deßhalb ohne Rücksicht auf die Zeit und Geldopfer, der wahre Ausdruck dieser Versammlung aus der Berathung aller einzelnen Ansichten hervorgehen und ein Gesammtbericht zu

diesem Behuf erstattet werden, der von uns im Detail zu berathen wäre. (Widerspruch.) Sie sprechen immer von der Zeit, die für uns kostbar sei. Schreitet aber denn die Zeit nicht mit Riesenschritten heran, und sie wollen markten um die Opfer, die der einzelne Mann zu bringen hat? Sie wollen mir ferner entgegenhalten, einzelne Ständeversammlungen würden durch einen längeren Aufenthalt von uns gestört werden? Ich erwiedere Ihnen darauf, daß wir als hoher Rath der Nation und als vorbereitende Versammlung für eine spätere noch größere Versammlung hier sitzen, und sowohl die Zeit- als die Geldopfer in den Hintergrund treten müssen. Mein Antrag ist deßhalb der, die Versammlung wolle sich für so lange permanent erklären, und in ihren Arbeiten fortfahren, bis die gesetzgebende Versammlung des Volkes zusammengetreten ist, und in Folge dessen nach dem Schaffrath'schen Antrag die einzelnen Wünsche und Anträge einer verstärkten Commission überweisen, und durch sie der Versammlung Bericht hierüber erstatten lassen. Es handelt sich nur um die Opfer, nämlich das der Zeit, und wer hierzu nicht entschlossen ist, der hätte gar nicht in dieser Versammlung erscheinen sollen. Das ist meine Meinung. (Allgemeines Bravo.)

Eisenmann: Der verehrliche Redner vor mir, nämlich Herr Hecker, hat selbst gesagt, die wichtigsten Gegenstände seien die Volksrechte und das Volk könne sich nur durch seine Mandate aussprechen. Ich spreche also ganz im Sinne des Herrn Hecker, wenn ich sage,

es solle vor Allem die Art und Weise der Wahl und der Bildung des Parlaments bestimmt werden. Wenn dieß bestimmt ist, und noch in weitere Discussionen eingegangen werden solle, so können Sie beschließen. ob die Versammlung selbst oder bloß ein Ausschuß zu diesem Behuf anwesend bleiben solle. Noch einige andere ganz allgemeine Grundsätze aufzustellen, welche von Männern ausgehen, die Autorität bei dem Volke haben, ist nicht ausgeschlossen, allein das Wesentlichste von Allem ist die Constituirung des Parlaments und dann kann die Frage folgen, ob Deutschland constitutionell-monarchisch oder republikanisch sein soll. Vor der Hand müssen wir uns aber auf die allgemeinste Frage, nämlich das deutsche Parlament selbst beschränken; denn wenn wir gleich in das Einzelne eingehen, so werden wir in einem Vierteljahre nicht fertig werden. Ein Redner hat ausgerufen, wem die Zeit zu theuer sei, der hätte wegbleiben sollen. Ich meines Theils glaube in meinem Leben einen solchen Vorwurf nicht verdient zu haben. Ich habe fünfzehn Jahre lang in dem Kerker gelebt und keine Minute bereut, die ich darin zubrachte. Somit sprach ich nur von der Zeit des Volkes, die wir nicht vergeuden dürfen und keineswegs von der individuellen Zeit. Ich sprach ferner von der Möglichkeit. wie die Wünsche des Volkes schnell erfüllt werden können und sollen. Was hilft es uns, noch vier Wochen hier zu sitzen, wenn kein deutsches Parlament zu Stande kommt? Erst was dieses beschließt, wird für das deutsche Volk Gesetz werden. Ich lebe und sterbe für die constitutionelle Mo-

narchie, wovon jedoch hier nicht der Platz ist, zu sprechen. Wenn aber ein Mann, der von dem Königthume so viel gelitten hat, der gegen das Gesetz verurtheilt und sogar gegen das Gesetz ins Gefängniß geworfen wurde, dennoch der constitutionellen Monarchie das Wort spricht, so muß diese nicht ein leerer Traum, sondern ein Grundsatz sein, an dem man das Wohl und Wehe seiner Mitbürger geknüpft glaubt.

Präsident: Es fragt sich allerdings, ob man nicht zuerst über die Bildung des Parlaments sprechen und abstimmen solle, denn es kommt mir ebenfalls sonderbar vor, daß man mit der Spitze anfangen will. Die Vertretung des Volks ist die Hauptsache und darüber lassen Sie uns berathen. Hiedurch kommt gewiß allein die Sache in den Gang. Indessen dürfte jetzt der Antrag des Herrn Eisenmann hinreichend erörtert und zur Abstimmung reif sein. (Vielfache Zustimmung.)

Präsident (fortfahrend): Sie haben gehört, meine Herren und Freunde, daß über den Eisenmannschen Antrag abgestimmt werden soll. Nimmt die Versammlung ihn an, so ist der nächste Gegenstand unserer Berathung die Festsetzung der Bildung der deutschen constituirenden Versammlung, und dann erwarte ich die einzelnen Anträge, welche von den Herren Rednern ausgehen müssen. Ich frage also, stimmen Sie zu, daß der nächste Gegenstand unserer Berathung die Festsetzung einer deutschen constituirenden Versammlung sein soll? (Sämmtliche Mitglieder erheben sich.) Der Antrag ist einstimmig angenommen und jetzt eröffne ich die

Discussion über die Festsetzung einer deutschen constituirenden Versammlung. Da wird nun über die einzelnen Punkte zu berathen und abzustimmen sein: Welche Bundesgebiete vertreten werden sollen? Wie die Zahl der Vertreter festgesetzt werden soll? Die Frage über den Wahlmodus, die Frage über den Ort, die Frage über die Zeit der Versammlung, die Frage, in welcher Weise die Verhandlungen vorgenommen werden sollen, ob nur in einer oder in zwei getrennten Versammlungen diese Nationalversammlung berathen soll? Es wird gut sein, wenn die Herren die Güte hätten, sich immer an einen Gegenstand zu halten, und zwar ist der nächste Gegenstand der, den Herr Schulz angedeutet hat, welche Bundesgebiete vertreten werden sollen? Dann kommen wir zur Ordnung, ich kann über die einzelnen Gegenstände abstimmen lassen und wir haben am Schlusse ein gehöriges Ergebniß.

Schleiden aus Schleswig-Holstein: Ich bin im Namen der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins hierher gereist. (Allgemeiner Beifall.) Zunächst war mein Auftrag dahin gerichtet, bei dem Bundestage meinen Antrag anzubringen. Ich selbst habe mein Mandat ausgedehnt. Wer heutigen Tages zu den Fürsten gesandt wird, wird zugleich zu den Völkern gesandt, und ich nehme an, diese Versammlung ist es zunächst, die im gegenwärtigen Augenblicke neben den Fürsten und vielleicht sogar über den Fürsten steht, und die wesentlich auf die Geschicke Deutschlands einwirken soll. Ich wollte vorhin um das Wort bitten, als eine große Auf-

regung in der Versammlung herschte, um Sie zur Einigkeit aufzufordern, Sie zu bitten, an die Feinde zu denken, die von außen drohen, daran zu denken, daß Schleswig-Holstein an Deutschland einen Anhalt haben muß. Bei der Theilnahme, die sich hier zeigt, kann ich jetzt kurz sein. Die provisorische Regierung hat in ihrem ersten Aktenstücke, der Proclamation, durch welche sie ihre Constituirung verkündigt, gesagt: „Mit aller Kraft wollen wir uns den Freiheits- und Einheitsbestrebungen Deutschlands anschließen." Der Abgeordnete Welcker hat in seinem Bericht über den Bassermannschen Antrag, der von beiden Kammern und der Siebener-Commission angenommen, und von der Mehrheit dieser Versammlung gebilligt ist, auch die unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Holstein hervorgehoben, und Schleswigs Anschluß an den deutschen Bund befürwortet. Schleswig hat zwar eine dänische Bevölkerung neben der deutschen, aber es ist seit Jahrhunderten unzertrennlich verbunden gewesen mit Holstein und durch Holstein mit Deutschland. Es ist möglich, daß, wie die deutsche Partei sagt: Wir wollen nach Süden, eine dänische sagt, wir wollen nach Norden, es ist aber jedenfalls eine Minorität, die das will, und ich vertraue, daß die Versammlung die laute bestimmte Ueberzeugung aussprechen werde, daß Schleswig als staatsrechtlich und national unzertrennlich mit Holstein verbunden, unverzüglich in den deutschen Bund aufzunehmen, und in der constituirenden Versammlung durch

freigewählte Abgeordnete zu vertreten sei. (Allgemeine jubelnde Zustimmung.)

Die Frage des Präsidenten: Ist die Versammlung der Ueberzeugung, daß Schleswig als staatsrechtlich und national mit Holstein unzertrennlich verbunden in den deutschen Bund unverzüglich aufgenommen, und in der constituirenden Versammlung gleich jedem andern Bundesstaate durch freigewählte Abgeordnete zu vertreten sei, wird einstimmig bejaht.

Rolle aus Schwerin in Mecklenburg: Sie haben eben beschlossen, Schleswig in den deutschen Bund aufzunehmen. Ich glaube, daß auch Westpreußen ebenso gut dazu gehört, obgleich wir andererseits von dem Gebiete des preußischen Staates die Provinz Posen ausscheiden müssen, die einen andern nationalen Charakter trägt. Ich trage darauf an, daß sofort durch Beschluß ausgesprochen werde, daß Ost- und Westpreußen zum deutschen Bundesgebiete zugezogen werde. (Allgemeine Zustimmung.)

Robert Blum: Mein Antrag geht dahin: Bei der constituirenden Versammlung sollen vertreten sein alle deutschen Bundesländer mit Einschluß von Ost- und Westpreußen und Schleswig-Holstein, so wie die Länder deutscher Zunge, so lange sie mit anderen Bundesländern stattlich verbunden sind.

Dieser Antrag wird zum Beschluß erhoben. Ferner wird beschlossen, die Frage wegen Aufnahme von Posen offen zu behalten.

Stadtrath J. G. Hamel aus Hessen-Homburg:

In den unserer heutigen Verhandlung zu Grunde gelegten Grundzügen eines deutschen Parlaments heißt es wörtlich: „§. III Ein Haus des Volkes, hervorgehend aus Urwahlen nach dem Maßstabe von 1 zu 70,000." Ich ersuche die verehrte Versammlung, zu beschließen, daß diejenigen Staaten, deren Seelenzahl weniger als 70,000 beträgt, wie z. B. Hessen Homburg, das nur 25 000 Seelen hat, doch mindestens einen Vertreter zum deutschen Parlamente schicken sollen.

Buhl aus Baden: Meine Herren, eine constituirende Versammlung soll gewählt werden. Ich bin der Meinung, daß eine constituirende Versammlung eine möglichst zahlreiche sein soll. Das Volk will, wenn es sich darum handelt, die Verfassung für Deutschland festzustellen, in großer Zahl vertreten sein. Ich stelle den Antrag, daß statt auf je 70,000 Seelen, auf 50 000 ein Abgeordneter gewählt werde. Wenn die Bevölkerung nach dem Bundesmatrikel angenommen werden soll, so dürfte selbst die Zahl von 50,000 Seelen noch zu klein sein. Damit ist nicht gesagt, daß die constituirende Versammlung nicht beschließen kann, daß das deutsche Parlament aus einer größern oder noch kleinern Zahl von Vertretern bestehen soll. Es liegt im Interesse der Sache, daß möglichst vielen Deutschen Gelegenheit gegeben sei, mitzuwirken, daß Elemente nach allen Richtungen hin zur Versammlung kommen, damit alle Klassen gehörig vertreten seien. Meine Herren, unterstützen sie meinen Antrag, daß auf je eine Bevölkerung von 50,000 Seelen ein Vertreter gewählt werde.

Nach ziemlich lebhafter Diskussion erfolgt die Abstimmung

1) über den Antrag, daß auf je 50,000 ein Abgeordneter gewählt werde;

2) daß auch diejenigen Staaten, deren Seelenzahl weniger als 50,000 beträgt, einen Abgeordneten zur constituirenden Versammlung senden dürfen.

Beide Anträge erhalten die Genehmigung der Versammlung. Damit wird die heutige Sitzung geschlossen.

Zweite Sitzung, am 1. April 1848.

Präsident Mittermaier: Die Ordnung unserer Berathung führt uns jetzt auf den Wahlmodus. Sie fühlen, meine Freunde, daß es darauf ankömmt, jene Art der Wahl festzusetzen, bei welcher der Wille des Volks am besten bei der constituirenden Versammlung durch die Männer, die gewählt werden sollen, sich aussprechen kann. Es muß daher das ausgedehnteste Wahlrecht ohne Unterschied der Confession, ohne Rücksicht auf einen Census durchgeführt werden. Es muß eine Verständigung eintreten, welches Alter Sie zur Wahlfähigkeit, welches zur Wählbarkeit verlangen, ob Sie nach dem Vorgang anderer Staaten, was Baden auch gethan hat, nur verlangen, daß Jemand dreißig Jahre alt ist, wenn er als Mitglied dieser constituirenden Versamm-

lung gewählt werden soll. Ich werde Ihnen das Wort in derjenigen Reihenfolge geben, in der Sie sich in Beziehung auf den Wahlmodus zum Sprechen gemeldet haben. Ich ersuche nun die Herren, welche reden wollen. immer einen bestimmten Antrag zu stellen und dann schriftlich zu übergeben.

Römer aus Stuttgart: Wenn es sich darum handeln würde, ein Wahlgesetz jetzt für alle Zeit fertig zu machen, oder wenn uns die Spanne Zeit nicht so kurz zugemessen wäre, so wäre ich der Erste, der ein Wahlgesetz beantragen und unterstützen würde, gegründet auf ganz demokratischen Prinzipien; allein in kürzester Zeit soll Ihrem Wunsche gemäß die Nationalversammlung beisammen sein und die wichtigsten Angelegenheiten Deutschlands berathen. Wenn diese Voraussetzung richtig ist, so halte ich es für unmöglich, daß in den einzelnen deutschen Staaten die verschiedenen Wahlgesetze geändert und neue an die Stelle gesetzt werden sollen. Man wird einwenden, daß in den meisten Staaten das aristokratische Prinzip noch allzusehr vorhersche. Ich halte diese Einwendung für richtig, allein, meine Herren, seit sechs Wochen ist die Volksstimme stark geworden. Der deutsche Bund hat sicherlich keine große Freude an uns, und dennoch ist sein Palais festlich geschmückt. Das thut die öffentliche Meinung und unter dieser Macht werden auch die Wahlen im liberalen Sinne vorgenommen, wenn auch jeder Staat nach seinem Wahlmodus wählt. Wenn ich auch den Antrag nicht stelle, daß jeder Staat seinen Wahlmodus beibe-

halten soll, so glaube ich doch, daß es nicht möglich ist, einen allgemeinen Wahlmodus aufzustellen, und glaube, daß jedem Staate überlassen werden soll, die Wahl nach dem Modus vorzunehmen, der ihm der geeignetste scheint.

Dr. Wiesner aus Wien: Gestern waren wir so großmüthig, daß wir uns über die Marken Deutschlands verloren und kaum den Rückweg fanden. Wir haben einem edlen aber unterdrückten Volke durch den Ausspruch der Wiederherstellung Polens ein Zeugniß unserer Sympathie gegeben, aber heute und gestern vergaßen wir die Millionen Slaven, die unsere Brüder sind. In allen Anträgen höre ich nur: „Jeder Deutsche," dadurch werden unsere slavischen Brüder ausgeschlossen. Ich schlage also folgende Fassung vor: „Wähler und wählbar ist in den deutschen Bundesländen jeder Staatsangehörige, der das fünf und zwanzigste Jahr vollendet hat." (Ohne Abstimmung angenommen.) Es ist die Zeit, wo die Nationalitäten erwachen, und wir dürfen in dem Augenblicke, wo unsere Nation sich so siegreich erhebt, unsere nächsten Brüder nicht vergessen. Uebrigens bin ich für die indirecten Wahlen und sage dieß in Beziehung auf Oesterreich und auf alle jene Länder, wo bisher das absolute Regierungssystem herschte, denn dort kennen sich die Leute nicht. Sie müssen Gelegenheit haben, sich auszusprechen, so oft als möglich ihre Ideen und Gesinnungen zu entfalten und sich kennen zu lernen, dann werden wir die rechte Stimme des Volkes finden. Dieß befördern eben indirecte Wahlen.

Hecker: Ich weiß, daß die Zeit drängt, ich will daher lediglich den Antrag stellen, der so lautet: daß auch politische Flüchtlinge, wenn sie mittlerweile in das Vaterland zurückgekehrt sind, sofern sie erklären, das deutsche Staatsbürgerrecht wieder in Anspruch nehmen zu wollen, wahlfähig und wählbar sind. Ich stelle diesen Antrag um so mehr, als wir solche Flüchtlinge in unserer Mitte haben, und füge der Begründung desselben nichts bei. (Beifall.)

Präsident: Stimmen Sie zu, daß im Allgemeinen, mit Vorbehalt der Abstimmung über die Prinzipien, die genauere Festsetzung des Wahlmodus den einzelnen Staaten zu überlassen ist? Diese Frage wird mit großer Mehrheit bejaht.

Als zur Abstimmung der von dem Präsidenten resumirten Anträge geschritten werden sollte, erhoben sich vielfache Stimmen gegen die Fassungen, bis man sich endlich über folgende Redactionen vereinbarte und die verschiedenen Anträge zur Abstimmung brachte:

Die Versammlung beschließt:

1) Daß bei der Wahl der Vertreter zur constituirenden Versammlung gewählt werden solle ohne Rücksicht auf einen Census.

Beschluß: Einstimmig angenommen.

2) Daß gewählt werde ohne Rücksicht auf Glaubensbekenntniß, daß also jeder ohne Rücksicht darauf Wähler und wählbar sei.

Beschluß: Einstimmig angenommen.

3) Daß bei der Wahl der Vertreter zur constituirenden Versammlung nicht aus bevorrechteten Ständen, oder überhaupt ohne Standesunterschied gewählt werde.

Beschluß: Einstimmig angenommen.

4) Sollen directe Wahlen als bindende Vorschrift bei der bevorstehenden Wahl zur constituirenden Nationalversammlung gelten?

Für die Entscheidung dieser Frage wird von vielen Seiten Abstimmung mittelst namentlichen Aufrufes begehrt, welchem Verlangen der Präsident geschäftsordnungsmäßig entspricht.

Das Ergebniß der Abstimmung war:

Mit 317 Stimmen gegen 194 ist die Frage verworfen.

5) Die Versammlung erkennt die directe Wahl als Prinzip an, läßt aber jedem einzelnen Staate die Freiheit, für jetzt davon abzugehen und für dießmal nach Bedürfniß zu handeln.

Beschluß: Dieser Antrag wird mit entschiedener Mehrheit angenommen.

6) Daß jeder volljährige Staatsangehörige wahlberechtigt sein soll?

Beschluß: Angenommen.

7) Daß Jeder, der fünf und zwanzig Jahre alt ist, gewählt werden kann.

Hiezu bemerkt der Präsident: Damit kein Mißverständniß entsteht, weil zur Volljährigkeit in den verschiedenen Ländern abweichende Alters-

stufen da sind: Stimmen Sie dafür, daß schon jeder Volljährige wählbar ist?

Diese Frage wird mit großer Majorität bejaht.

8) Muß der Abgeordnete dem Staat angehören, den er in der constitutionellen Versammlung vertreten soll?

Beschluß: Diese Frage wird verneint.

Präsident fügt erläuternd bei: Mit diesem Beschluß ist also ausgesprochen, daß nicht vorgeschrieben ist, daß z. B. der Abgeordnete für Preußen ein Preuße, oder der Vertreter Badens ein badischer Staatsbürger sein muß, sondern daß er aus jedem beliebigen deutschen Bundesstaate gewählt werden kann.

Mit dieser Erläuterung erklärt sich die Versammlung vollkommen einverstanden.

9) Daß auch die politischen Flüchtlinge, die Bürger anderer Staaten geworden sind, aber in das Vaterland zurückkehren und sich niederlassen, wahlberechtigt und wählbar sein sollen.

Beschluß: Der Antrag wird angenommen.

10) Welches der Ort sein soll, wo die constituirende Versammlung gehalten wird?

Mit fast einstimmigem Rufe wird von der Versammlung Frankfurt am Main als dieser Ort bezeichnet.

Präsident: Der nächste Gegenstand der Berathung betrifft nun die Frage, wie und wenn die constituirende Versammlung ins Leben zu rufen sei.

Wesendonck: Die Frage über den Zeitpunkt, in welchem die constituirende Versammlung zusammentreten soll, hängt mit der Frage, wie dieselbe einzuberufen sei, so genau zusammen, daß ich, wie schon in dem Vortrage des Präsidenten beide Punkte gemeinschaftlich berührt worden sind, einen Antrag zu stellen mich veranlaßt sehe, der gleichfalls beide Punkte zusammenfaßt und dahingeht, auszusprechen: Die Versammlung wählt sofort einen Ausschuß von fünfzig Personen, der den Zusammentritt der constituirenden Nationalversammlung binnen vier Wochen von heute ab, zu vermitteln und eventuell selbst zu bewirken hat. Dieser Antrag begehrt also zunächst, daß schon in vier Wochen von heute an oder da es nicht so genau auf einen Tag ankommen wird, wenigstens vom nächsten Montag an die constituirende Versammlung zusammentrete, denn es ist nothwendig, daß dieser Zusammentritt so schnell als möglich erfolge, und in dieser Beziehung gar keine Zeit versäumt werde, indem Gefahr auf dem Verzuge ruht. Unter diesen Umständen scheint mir eine Frist von vier Wochen durchaus geeignet, und ich hoffe, es werde die ganze Versammlung derselben ihren Beifall schenken. Es sind sodann verschiedene Anträge auf Permanenz dieser Versammlung gestellt worden und der zweite Theil meines Antrages, dahin gehend, daß sofort ein Ausschuß von fünfzig Personen gewählt werde, widerspricht einem solchen Antrag auf Permanenz keineswegs. Denn es müssen, während wir hier noch anwesend sind und ehe die übrigen Punkte der Berathung zur Ent-

scheidung gedeihen, diejenigen Schritte geschehen, die erforderlich sind, um die constituirende Versammlung zusammenzurufen und dazu bedarf es eines Ausschusses von einer so großen Zahl von Personen, damit von dem ganzen deutschen Vaterlande jene Schritte geschehen können. Ich hielt die Zahl von fünfzig für eine angemessene, würde mich aber nicht entgegensetzen, wenn noch eine größere Zahl beliebt würde, denn die Geschäfte dieser Behörde sind eben so groß und vielfach als wichtig. Ein weiterer Antrag von mir geht dahin, daß der Ausschuß zunächst den Zusammentritt der Versammlung zu vermitteln, eventuell aber ihn selbst zu verwirklichen habe. Die Ansicht ist nämlich die, daß dieser Ausschuß sich zunächst an die bestehenden Verhältnisse anschließe, die bestehenden Formeln benütze und sich an die Regierungen von Deutschland wende um den Zusammentritt der Nationalversammlung durch diese betreiben zu lassen, zugleich aber auch ermächtigt werde, falls bei der einen oder andern Regierung Hindernisse eintreten sollten, selbst den Zusammentritt zu veranlassen. Auch diese Maßregel ist nothwendig, denn ob ich gleich glaube, daß die Regierungen augenblicklich dem Willen des Volkes nachkommen werden, so wäre es doch möglich, daß da oder dort ein Widerspruch erfolgen könnte, und für diesen eventuellen Fall wäre der Ausschuß zu ermächtigen, die Vertreter selbst zusammenzurufen, und die Wahl vorher einzuleiten. Diesen meinen dreifachen Antrag erlaube ich mir der Kammer zur Discussion und Entscheidung vorzulegen.

Welcker aus Baden: Ich stimme für einen starken Ausschuß, ja ich würde sogar wünschen, daß, wenn wirklich ein Zuwachs von moralischer Kraft hiedurch entstünde, diese große Versammlung sich selbst für permanent erklärte. Aber, meine Freunde! für schnelles Handeln ist eine so große Zahl nicht das geeignetste Organ. Hier soll es sich davon handeln, sich mit dem Bundestag ins Vernehmen zu setzen und die Maßregeln, die der Ausschuß für heilsam hält, der gesetzgebenden Behörde für die gemeinschaftlichen deutschen Angelegenheiten, welche bis jetzt allein noch die Gewalt in den Händen hat, vorzuschlagen. Hierzu ist eine Versammlung von fünfzig Männern besser, als eine solche von fünf bis sechshundert. Wir haben dieß bei unserer heutigen Berathung gesehen, wie lange es dauert, bis nur ein Beschluß zu Stande kommt. Nun kann es aber Augenblicke geben, wo Beschlüsse in ganz kurzer Frist gefaßt werden müssen, und dann ist auch das ein sehr wichtiger Punkt, daß ein solcher Ausschuß alle moralische Kraft dadurch erhält, da man sieht, wie in ihm so viel wie möglich ganz Deutschland gleichmäßig vertreten ist. Wir können es nicht läugnen, daß aus Frankfurt, Nassau, Baden, Würtemberg und Darmstadt die unendliche Mehrheit dieser Versammlung besteht, und es würde nicht das Vertrauen in ganz Deutschland erwecken, wenn sie die ganzen deutschen Geschicke in die Hand nehmen oder dafür ihre Rathschläge geben wollte, als wenn ein Ausschuß so viel als möglich aus den verschiedenen Theilen des großen Vaterlandes gebildet wird, und die-

ser einstweilen hier bleibt. Wir haben, obgleich zufällig die Preußen weniger vertreten sind, als die Bayern und die Braunschweiger, Sachsen und Hannoveraner weniger vertreten, als die Frankfurter und Badener, dennoch Gelegenheit den Ausschuß selbst so ziemlich gleich nach der Zahl der Bevölkerung der verschiedenen Provinzen Deutschlands zu bilden und in ihm ein Organ zu schaffen, das von unendlich größerer moralischer und politischer Kraft ist, als die ganze Versammlung selbst. Darum bin ich durchaus nicht der Meinung, daß die ganze Versammlung sich als permanent erkläre und der Zufall des Gehenmüssens und beliebigen Bleibens hier walte. Viele Mitglieder, die wir aus den verschiedenen Volksstämmen in den Ausschuß wählen, werden es für eine Verpflichtung halten auf dem Platze zu bleiben und können es auch oder würden die Stelle nicht annehmen, wenn dieß etwa ihnen unmöglich wäre. In jeder Hinsicht finde ich ein solches Auskunftmittel für das angemessenste. Sodann glaube ich aber auch, muß der Ausschuß durchaus die Instruction erhalten, daß er sich mit dem Bundestage, der nun durch Männer des Vertrauens verstärkt ist, ins Vernehmen setze. Ich mache wiederholt den Vorschlag, daß der Ausschuß sich mit dem Bundestag ins Vernehmen setze. Wenn eine Behörde republikanisch oder monarchisch umgewandelt oder reformirt wird, so ist sie nicht mehr dieselbe, und wenn ein anderer Geist in sie hineinkommt, so ist sie ebenfalls nicht mehr die nämliche. Wenn sie nicht unsere Eintracht stören wollen, so werden sie an die Zukunft und

nicht mehr an das Vergangene denken. Wir haben kein anderes gesetzliches Organ, als den Bund, und ich sage deßhalb nochmals, man muß sich daran halten. Wie können Sie in Oesterreich und Bayern befehlen? Durch den Bund können Sie es, aber nicht durch Ihre Beschlüsse, und darum halten wir uns an dieses noch bestehende Organ. (Bravo!)

Hecker: Ich bedauere, daß bei dem wichtigsten Abschnitte unserer Berathung, nämlich der Frage über die Zeit, solche tumultuarische Scenen vorgekommen sind. Ich bedauere sie von Herzen, weil wir nicht durch persönliche Invectiven, sondern durch die Macht der Wahrheit und Gründe uns überzeugen. Ich nehme es Keinem übel, wenn er in der gegenwärtigen wunderbaren Zeit den Augenblick und die Zeit selbst übersieht. Es gibt viele Menschen, die nicht begreifen, daß wir in der Mitte des Zustandes der Revolution sind. In solchen Zeiten sage ich, nehme ich es einem Manne nicht übel, wenn er denjenigen, die die äußersten und klarsten Prinzipien vertreten und entschlossen sind mit ihrem Kopf und ihrem Leben das Land zu retten und sich nicht an eine bestehende Gewalt anlehnen, sondern rücksichtslos das Ziel verfolgen, das sie im Auge haben, unlautere Absichten unterschiebt. Es ist dieß schon anderen und edleren Menschen geschehen. Luther und Hutten und so viele brave Männer der Vergangenheit haben solche Vorwürfe erleben müssen. Die Scenen, wovon ich vorhin sprach, werden wohl vergessen sein, und da ich den Herrn Welcker persönlich kenne, und schon manchmal in ähn-

lichen Verhältnissen mit ihm war, so nehme ich namentlich ihm das, was geschehen ist, nicht übel. Er hat mir schon oft revolutionäre Tendenzen vorgeworfen, wo ich kaum an das Frühstücken gedacht habe. Darum wende ich mich zur Sache, nämlich die Nothwendigkeit der Permanenz unserer Versammlung, und ich werde sie so kurz als möglich aus allgemeinen und besonderen Gründen zu modificiren suchen. Die Permanenz ist nothwendig aus einem Satze, der als große Wahrheit durch das Volk geht. Wer die Hoffnung an das Volk angeregt hat und es täuscht, wird als ein Schwachkopf oder als ein Betrüger angesehen, und beides sind wir nicht. Unser ganzes Volk sieht in der gegenwärtigen Zeit der Zerrissenheit auf uns; es erwartet von uns sein Heil, und Auseinandergehen hieße dem Volke Anlaß zu allen möglichen Verdachtsgründen geben. Wir müssen deßhalb beisammen bleiben, aber auch noch aus einem andern Grunde dieß thun. Wir müssen in diesem Augenblicke der Machtlosigkeit und Auflösung des deutschen Bundes und der deutschen Regierungen, der Nation als Gesammtbürgen gegenüberstehen. Man hat gesagt, wenn der Ausschuß Leben oder mit dem Bundestage Maßregeln, wie sie die schnellfortschreitende Zeit erfordere, rasch in das Volk hinaussende, so verleihet es dem Ausschuß eine gewisse Kraft. Darauf aber antworte ich mit Nein. Wenn der Ausschuß eine der besten Maßregeln in Vorschlag bringt, und der Bund sanctionirt sie oder er geht Arm in Arm mit dem Ausschusse durch das deutsche Volk, so ist, ich wiederhole es, die beste Maß-

regel nicht bloß verdächtigt, sondern in die Acht erklärt. Deßhalb suchen wir uns, wir, das lebendig hier versammelte Volk, wir, die wir als Geschäftsführer der Nation aufgestellt sind, nicht an ein morsches verfallenes Gebäude mit unserem Ausschuß anzulehnen, denn dieses ist in den Augen der Nation eine Schwachheit und Glauben und Vertrauen wird fehlen. Als Gesammtbürgen wollen wir uns hinstellen in der alten germanischen Weise, als Gesammtbürgen sage ich, für Recht und Wahrheit, Freiheit und Sicherheit der Nation. Ginge auch aus eurer Wahl ein Ausschuß hervor, wie er da wollte, so wie die Verhältnisse sind, würde er das nöthige Vertrauen nicht gewinnen, er wäre vielmehr dem Spotte, Mißtrauen und Verdächtigungen aller Art ausgesetzt, er wäre nicht bloß machtlos, sondern es würde sich zuverlässig neben ihm ein anderer Ausschuß bilden, bestehend aus Zusammenkünften auf den Straßen und aus Volksversammlungen. Der Ruf der deutschen Nation geht an euch: Geschäftsführer der Nation seid permanent, wir erwarten es von euch und nichts Anderes als Permanenz.

v. Itzstein aus Mannheim: Ich stimme mit Hecker und will, daß die ganze Versammlung für permanent erklärt werde. Nach einer Rede, die ich eben hörte, habe ich aber auch die Besorgniß, daß möglicher Weise gesagt werden könnte, die Versammlung solle nach Hause gehen, bis der Bundestag, wie uns da gesagt werden wird, sie zusammenrufe. Wenn das möglich wäre, so bitte ich zu bedenken, was ich Ihnen nun sa-

gen will. Falls wir nach Hause kämen, ohne Etwas gethan, ohne sogar einen Ausschuß oder eine Commission niedergesetzt zu haben, die auf eine lächerliche Weise in der Zahl von fünfzehn Personen vorgeschlagen wurde, dann wälzt sich die Macht des Volkes auf Sie. Sie sind gewiß, daß Sie dann das ganze Volk gegen sich haben. Das Volk will Beschlüsse und Verfügungen und überhaupt eine Frucht von dieser Versammlung haben, und deßhalb sage ich, es solle die ganze Versammlung permanent bleiben. Damit ist nicht erklärt, daß Alle stets anwesend sein müssen. Es ist klar, daß Mancher Geschäfte hat, die ihn zu Haus nothwendig machen, wohin ich nur den Beruf eines Mitglieds einzelner Kammern rechne. Dessen ungeachtet wird aber immerhin eine bedeutende Anzahl hier sein, und zu aller Vorsicht kann man noch einen Ausschuß von fünfzig Personen wählen, der selbst in dem äußersten Falle, daß gar zu wenige von den übrigen Mitgliedern bleiben könnten, die Rechte des Volkes zu wahren hätte. Lassen Sie es jedenfalls nicht darauf ankommen, nach Hause zu gehen, ohne wenigstens einen Ausschuß zurückzulassen. Verloren wäre alsdann das Vertrauen des Volks und würde nicht wiederkehren. (Bravo.)

Raveaux aus Köln: Die Permanenzfrage ist eine der wichtigsten, die hier verhandelt worden ist, ja, ich möchte sagen, sie ist die wichtigste, weil sie in der That von weitgehender Bedeutung ist, und aus der Permanenzfrage entstehen alle übrigen. Man hat die Permanenz bekämpft, aber mit sehr schwachen Waffen. Man

hat von Mandat und Competenz gesprochen. Ich frage Sie aber, ob wir denn ein Mandat für irgend etwas Anderes gehabt haben. Man spricht ferner immer fort von Gesetzlichkeit. Existirt denn aber auch die Gesetzlichkeit, die wir früher gekannt haben, und die man uns früher definirt hat? Existirt jene Gesetzlichkeit noch, die bisher die absoluten Regierungen uns für Gesetzlichkeit ausgegeben haben? Ich sage Nein, sie besteht factisch nicht mehr. Wenn man gesagt hat, es gebe keine Regierungen mehr, so hat man Unrecht. Ich sage, es gibt Regierungen, aber sie regieren nicht mehr. In diesem Zustande befindet sich mehr oder weniger unser ganzes Vaterland. (Widerspruch.) Einzelne Theile mögen hiervon ausgenommen sein. Bedenken Sie meine Worte wohl. Ich habe gesagt, mehr oder weniger unser ganzes Vaterland, und das ist eine Wahrheit, die Sie mir nicht bestreiten können. Nur ein Factum will ich Ihnen dafür anführen. Ich war an den Tagen vom 18. auf den 19. in der Residenz unserer Monarchie. Da gab es keine Gesetzlichkeit mehr, sondern es war ganz die Revolution. Sie haben ferner aus den Zeitungen erfahren, daß auch in der Hauptstadt der österreichischen Monarchie die Gesetzlichkeit aufgehört hat. Es war die Revolution, die das Regiment führte. Ebenso habe ich aus verschiedenen anderen Staaten Berichte erhalten, daß die Gesetzlichkeit aufgehört hat und die Revolution ihre Banner aufpflanzte. Oder glauben Sie denn, daß Sie selbst, nach dem Sinn der alten Gesetzlichkeit hier versammelt seien? Gewiß nicht; Sie sind eine revolu-

tionäre Versammlung. (Widerspruch und Bravo.) Citiren Sie mir nur ein Gesetz, das meine Worte Lügen straft und ich trete dann willig von dieser Tribüne ab. Wenn Sie aber dieß nicht können, so können Sie mir auch nicht widersprechen. (Eine Stimme: Vergessen Sie nicht das Gesetz über das Associationsrecht.) Das hat in dem Augenblicke, wo unsere Versammlung berufen wurde, noch nicht überall zu Recht bestanden. Wir haben in Rheinpreußen ein Gesetz, nämlich das Gemeinde-Verordneten-Gesetz, welches den Gemeinde-Verordneten verbietet, sich mit Politik zu befassen. Die Einladung der Siebener-Commission war aber an diese gerichtet und sie wurden darin aufgefordert, uns zu wählen. Ich bin ein solcher Gewählter. Das ist die Antwort, die ich Ihnen zu geben habe, und mein Mandat ist nach dem früheren Begriffe der Gesetzlichkeit etwas Ungesetzliches. Nichts desto weniger glaube ich aber, daß ich so gut ein Recht habe, meine Meinung hier auszusprechen, als irgend ein Anderer. Außergewöhnliche Verhältnisse erfordern auch außergewöhnliche Maßregeln, und weil wir uns in einer solchen Krisis befinden und die Zeitereignisse so sehr fortschreiten, daß man nicht wissen kann, was der nächste Tag bringt, so stimme ich für die Permanenz. Wer bürgt uns dafür, daß von heute ab bis zu dem Tage, an dem die Nationalversammlung zusammentritt, überall Ruhe herschen werde. Das kann Niemand von Ihnen. Wir wissen nicht, was der morgende Tag bringt, und da müssen wir hier stets bereit sein. Wir stehen an der

Spitze des Volkes. Wir selbst haben uns nicht daran gestellt, sondern man hat uns an die Spitze gestellt. Das ist der große Unterschied, der zwischen der heutigen Versammlung und den Monarchen besteht, die sich selbst an die Spitze gestellt haben. (Bravo.) Ich verkenne nicht, daß sobald als möglich irgend Etwas geschehen muß, was Deutschland die Ruhe wieder giebt, denn gerade der unsichere schwankende Zustand ist es, der Mißtrauen in alle Gemüther gesät hat. Was ein Redner vor mir bemerkt hat, kann ich offen wiederholen. Wir sind aus unserer Provinz abgereist, man hat Hoffnungen auf uns gebaut, man hat uns begleitet und gesagt, bringt uns doch irgend Etwas zurück, was unsere Ruhe herstellt und unsere Freiheit sichert. Man hat uns nicht gesagt, berathet zwei Tage über ein Wahlgesetz und geht dann nach Hause. Das war nicht die Tendenz, mit der man uns wählte, und ich muß an der Erklärung festhalten, daß ich es für eine Schmach hielte, wenn wir uns im gegenwärtigen Augenblick auflösten und nicht bloß unseren Mitbürgern, sondern Deutschland und Europa zeigten, daß wir nicht fähig sind, so zu handeln, wie wir handeln müssen.

Präsident: Abgesehen von aller Abstimmung über die Permanenz könnten Sie auf jeden Fall heute noch einen Beschluß fassen, der Eindruck machen wird, den Beschluß nämlich, daß von nächstem Montag über vier Wochen die constituirende Versammlung beisammen sein müsse und sogleich die dießfalls erforderlichen Einleitungen getroffen werden. Ich frage die Versamm-

lung, ob sie damit einverstanden ist. Diese Frage wird allgemein bejaht.

v. Gagern aus Darmstadt: Es liegen drei große Fragen vor, einmal über die Permanenz dieser ganzen Versammlung über die Wahl eines großen Ausschusses und die Competenz desselben. Mein Antrag in Beziehung auf die Competenz ist nun folgender: den Ausschuß zu beauftragen, den Bundestag bei der Wahrung der Interessen der Nation und bei Verwaltung der Bundesangelegenheiten bis zum nahen Zusammentritt der constituirenden Versammlung selbstständig zu berathen und die für nothwendig zu erachtenden Anträge an ihn zu bringen, dabei den Bundestag einzuladen, über die Wahrung der Interessen der Nation und die Verwaltung der Bundesangelegenheiten bis zum Zusammentritt der constituirenden Nationalversammlung mit dem Ausschuß, als aus Männern des Vertrauens des Volkes bestehend, in Vernehmen zu treten, und endlich den Ausschuß zu beauftragen, im Fall einer Gefahr des Vaterlandes die gegenwärtige Versammlung sogleich wieder einzuberufen. Dieser Antrag, meine ich, sei der geeignetste, und ich habe nur noch darauf aufmerksam zu machen, daß ich an die Stelle der Männer, die jetzt durch die Regierungen als Vertrauensmänner bezeichnet worden, die Männer der Nation setze.

Nachdem viele Mitglieder sich für alsbaldige Abstimmung ausgesprochen, noch mehr als fünf und zwanzig Mitglieder namentliche Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Hecker verlangt hatten, stellt der Prä-

sident die Frage: Will sich die Versammlung als solche bis zum Zusammentritt der constituirenden Nationalversammlung für permanent erklären? Diese Frage wird mit 368 gegen 148 Stimmen verneint. Der Antrag des Abgeordneten v. Itzstein wird von der Versammlung ebenfalls abgelehnt. Der Antrag des Freiherrn v. Gagern dagegen angenommen und damit die heutige Sitzung geschlossen.

Dritte Sitzung, am 2. April 1848.

An der Tagesordnung ist die Wahlart zum Fünfziger-Ausschuß. Nach längerer Diskussion bringt der Präsident den Antrag R. Blums zur Abstimmung. Nach diesem Antrag soll ohne Rücksicht auf die Landestheile aus der ganzen Versammlung der Ausschuß gewählt werden, so daß jeder fünfzig Namen bezeichnet, wobei erklärt wird, daß man voraussetze, daß jedes Mitglied selbst dahin trachte, daß alle Provinzen vertreten werden. Dieser Antrag wird mit großer Majorität zum Beschluß der Versammlung erhoben, und folgender Gesammtbeschluß über den Fünfziger-Auszug gefaßt:

Dieser Fünfziger-Ausschuß ist beauftragt:

„die Bundesversammlung einzuladen, mit ihm bis zum Zusammentritt der constituirenden Versammlung in Vernehmen zu treten;

er ist beauftragt:

die Bundesversammlung bei Wahrung der Interessen der Nation und bei der Verwaltung der Bundesangelegenheiten bis zum Zusammentritte der constituirenden Versammlung selbstständig zu berathen und die nöthigen Anträge an die Bunvesversammlung zu bringen;

er ist beauftragt:

bei eintretender Gefahr des Vaterlandes die gegenwärtige Versammlung sofort wieder einzuberufen.

Der Ausschuß wird bei den Regierungen dahin wirken, daß die allgemeine Volksbewaffnung in allen deutschen Ländern schleunigst ins Leben gerufen werde.

Der Ausschuß hat dafür zu sorgen, daß ihm sechs Männer aus Oesterreich als weitere Ausschußmitglieder beitreten.

Die Verhandlungen des Ausschusses mit der Bundesversammlung sind durch die Presse zu veröffentlichen.

Die Versammlung verlangt, daß der Bundestag, indem er die Angelegenheit der Begründung eines constituirenden Parlaments in die Hand nimmt, sich von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen lossage und die Männer aus seinem Schooß entferne, welche zu Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben."

Wir geben hier einen Auszug aus der äußerst heftigen Debatte, welche über die Fassung des letzten Satzes entstand, und den Austritt eines Theiles der Linken aus der Versammlung herbeiführte.

Robert Blum: Meine Herren! Es haben die Mitglieder der Versammlung: Zitz, Strecker, Jacoby, Vogt, v. Behr, Duprez, v. Itzstein, Leisler sen., Leisler jun., Wuttke folgenden Antrag an Sie zu bringen für Pflicht gehalten. „Die Unterzeichneten beantragen, die Versammlung soll erklären, bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Gründung einer constituirenden Versammlung in die Hand nimmt, möge sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schooß entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben.“ Die Begründung wird Herr Zitz übernehmen.

Zitz aus Mainz: Der Gagern'sche Antrag erklärt, daß der von Ihnen zu wählende Ausschuß neben und mit dem Bundestage die jetzt erforderlichen Beschlüsse zur Berufung der Nationalversammlung fassen soll, er gibt also dem Bundestag einen förmlichen Beirath, und wenn er auch dem Ausschusse besondere Rechte zuweist, so ist doch die Bundesversammlung der leitende Körper dieses Ausschusses, das, meine Herren, macht uns bedenklich, und ich glaube, die Mehrzahl von Ihnen wird dieses Bedenken tragen, und wenn wir dieses Bedenken ins Auge fassen, wenn wir das Vertrauen, das dieser von uns zu wählende Ausschuß doch haben soll, rechtlich begründen wollen, so lassen Sie uns gegen die nachtheiligen Folgen dieses schnellen in einen andern Gegenstand verwebten Beschlusses noch zurückkommen, lassen Sie uns dagegen zurückkommen noch ehe wir den Aus-

schuß wählen, damit Einstimmigkeit in der Wahl dadurch herbeigeführt wird. Wir wollen, meine Herren, und können nicht dagegen zurückkommen, daß dieser Ausschuß gemeinschaftlich mit der Bundesversammlung handle, wenn gleich diese Versammlung sich als constituirende Versammlung wenigstens theilweise in ihren Handlungen erklärt hat. Denken Sie an den Ursprung der Versammlung zurück, so werden Sie mir zugeben, daß dieser Ursprung revolutionärer Natur war, daß einzelne Männer das Volk aufgefordert haben, daß die Männer des Volks in großer Anzahl hier zusammentreten sollen, um über Deutschlands wichtigste Interessen zu berathen. Dem Rufe sind die Männer des Volks in großer Anzahl gefolgt, und wir haben erst in diesen Tagen aus den Protokollen des Bundestages gesehen, daß diese Behörde mitgewirkt hat, wenn sie auch gleich nur nachgehinkt war mit der Aufforderung, sie mit Männern des Volkes zu beschicken. Weil sie gesehen hat, daß das Vertrauen auf sie vernichtet ist, hat sie gesucht, in dem Volk eine Stütze zu gewinnen. Ich meine aber, es ist die Pflicht der Versammlung, daß wir wenigstens einen ebenbürtigen Bundestag neben diesen Ausschuß stellen, daß wir den Bundestag, ehe er sich lossagt von dem Standpunkte, den er nach dem Zugeständnisse von Gagern selbst eingenommen hat, ehe er sich losgesagt hat von den verderblichen Beschlüssen, die ihm das Vertrauen des Volks entzogen haben, nicht ebenbürtig halten, um in einem Rathe, der von Ihnen gewählt werden soll, die Angelegenheiten Deutschlands

zu beschließen. Ich, meine Herren, muß gestehen, daß ganz abgesehen von dem Werth und der Tüchtigkeit der Volksmänner, die dem Bundestag in der neuern Zeit beigegeben worden sind, ich es für sehr bedenklich halten würde, noch fortwährend als Volksmann zu gelten, wenn ich neben einer solchen Behörde säße. (Beifall und Widerspruch.) Fragen Sie sich selbst, in welcher Stellung dieser Ausschuß stehen würde, wenn er sich von diesem verwesenden Körper anstecken lassen würde. Wir verlangen daher, daß Sie nicht zur Wahl des Ausschusses schreiten, ehe der Bundestag erklärt hat, daß er die Beschlüsse von 1819, die Karlsbader Beschlüsse, daß er das ganze seitherige System als ein verderbliches für die Nation erkenne und zurücknehme. Wir verlangen, daß der Ausschuß nicht eher gewählt werde, ehe die Männer, die zu diesen verderblichen Beschlüssen mitgewirkt haben, ausgeschieden worden sind. Ist es dem Bundestag ernst, will er das deutsche Volk versöhnen für die tausend und tausend Verbrechen, die auf ihm lasten, so kann es ihm nur willkommen sein, einen ernsten Beschluß zu fassen. Ist es ihm damit nicht Ernst, so finde ich in seinem Schooß auch den Keim der Reaction und so wollen wir die Ersten nicht sein, die dem todten Körper Leben einfließen lassen. Es ist eine gewagte Behauptung Gagern's, daß der jetzige Zustand geeignet sei, einer Leiche Leben einzuhauchen; aber wir wollen ihm aufs Wort glauben, wir wollen auch dem Bundestage nicht nachtragen, was er an Deutschland verbrochen hat; aber soll der Ausschuß, der aus dieser Versamm-

lung hervorgeht, mit dem Bundestage thätig sein, so dürfen keine störenden, keine vergiftenden Elemente darin thätig sein. Meine Herren! Wir Alle sympathisiren im Zweck, ich setze voraus, daß wir es ernst meinen mit Deutschlands Wohl, daß wir nur vielleicht über die Mittel uneinig sind. Glauben Sie daher nicht, daß wir durch den Antrag, den ich begründete, Ihren Beschluß unwirksam machen wollen, nein, ich habe Ihnen erklärt, und die ganze Partei, aus der ich hervorgetreten bin, wird mit mir erklären, daß wenn wir auch in einer Frage verschiedener Ansicht sind, wir doch Hand in Hand unsere Mission erfüllen wollen, aber geben Sie uns auch die Sicherheit, daß wir nicht vor ganz Deutschland erklären, daß diese Versammlung aus so würdigen Männern sich mit diesem unwürdigen Bundestag auf eine Linie gestellt hat.

Bassermann aus Baden: Meine Herren! Ich erblicke in dem Antrage, nicht eher den Ausschuß zu wählen, bis der ganze Bundestag regenerirt sei, nichts Anderes, als eine andere Art, uns für permanent zu erklären.

Ich wende mich zu dem gedruckten Antrage. Meine Herren, ich spreche in der Hauptsache zu seiner Unterstützung, allein ich halte eine kleine Aenderung seiner Fassung für unbedingt nothwendig. Der gedruckte Antrag lautet: „Bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Gründung einer constituirenden Versammlung in die Hand nehmen kann, muß sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur

Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben.“ Meine Herren, ich erblicke in dem Geiste dieses Antrags eine Bürgschaft für die Herbeiführung der Einigkeit, um die es mir vor Allem zu thun ist. Wäre ich auf der Seite, die im Augenblicke die Republik in Deutschland einführen will, ich würde nicht für nöthig halten, zu erklären, daß die Minorität sich der Majorität unterwirft; denn das Gegentheil wäre nichts Anderes, als daß man es halte mit dem Könige von Hannover, mit dem Minister Abel, die mit Minoritätswahlen ihr Land regiert haben, es wäre nichts als die Erklärung, es herscht kein demokratischer Geist in dem deutschen Volke, der in nichts Anderem besteht, als daß der freie Wille des Volkes herscht. Aber indem die Versammlung gestern erklärte, daß wir den Bundestag, d. h. dasjenige Organ, das die Einheit Deutschlands dermalen darstellt, nicht umgehen wollen, indem, sage ich, die Versammlung dieß erklärt hat, ist eine Einigung nach meinem Sinne zwar hervorgerufen, allein gibt es ein Mittel, diese Einigung noch zu stärken, so werden wir Alle gern dazu beitragen. Und wenn wir uns für den deutschen Bund in der Mehrheit erklärt haben, so haben wir doch in dem Sinne des Herrn v. Gagern uns nur darum für den deutschen Bund erklärt, weil wir nicht die Personen, sondern die Form aufrecht erhalten wollen, weil wir nicht den alten, sondern den neuen Bund wollen. Ich bin also durchaus damit einverstanden, daß die Versammlung erkläre: diejenigen Männer der Bundesversammlung, die zu den entsetzlichen

Beschlüssen von Karlsbad und Wien beigetragen haben, besitzen nicht das Vertrauen der Nation und mit diesen kann die neu zu bildende constituirende Versammlung seiner Zeit nicht verhandeln. Ich bin überzeugt, daß in der gesunden Politik des deutschen Volkes der Wahn nicht aufkommt, daß, sobald ein Volksmann in die deutsche Bundesversammlung tritt, er das Vertrauen verliere. Solange ich Politik treibe, war mein Grundsatz der: diejenige Staatsform ist die beste, welche die besten Männer ans Ruder bringt. Wenn aber die besten Männer an der Spitze der deutschen Geschäfte stehen, wenn der Bundestag regenerirt ist, wie er es zum Theil ist, dann wird sich ihm auch das Vertrauen der Nation zuwenden, und um dieses Vertrauen herzustellen, unterstütze ich im Wesentlichen den Antrag; aber in der Fassung wie er vorgeschlagen ist, würde er unserem Hauptzweck entgegen sein, daß, sobald wie möglich, die constituirende Versammlung zusammenkommt. Und wenn es nun heißt: „Bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Gründung einer constituirenden Versammlung in die Hand nimmt, muß 2c.," so frage ich: soll solange der zu erwählende Ausschuß von fünfzig Mitgliedern nicht verhandeln mit der Bundesversammlung, soll solange die Bundesversammlung unsere Beschlüsse gar nicht anfangen zu vollziehen, soll sie solange gar keine Einleitungen treffen zu den so dringend nothwendigen Wahlen, bis durch alle Regierungen neue Gesandte erwählt sind? Wir würden gerade das vereiteln, was vor Allem unsere Pflicht ist. Auf der andern Seite

hat es gar keine Noth, daß jetzt die Bundesversammlung Beschlüsse faßt, die gegen den Geist dieser Versammlung sind; denn der Geist der Zeit drückt auf sie in einer Weise, daß sie nichts Anderes ist, als die Vollzieherin unseres Willens; aber auch die siebenzehn Vertrauensmänner, die ihr gegenüber sitzen, werden schon dafür sorgen, wenn nicht die Zeit ohnehin dafür sorgt, daß die Bundesversammlung diejenigen Beschlüsse faßt, die dem Geiste dieser Versammlung entsprechen. Wir wollen also die Bundesversammlung zur Einleitung dieser constituirenden Versammlung thätig sein lassen, sie soll unsere Beschlüsse auf der Stelle vollziehen. Ich schlage Ihnen vor, daß der Beschluß so lautet: „Die Versammlung verlangt: die Bundesversammlung, indem sie die Angelegenheit der Gründung eines constituirenden Parlaments in die Hand nimmt, muß sich von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schooß entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben.“ (Vielfache Zustimmung.)

Schaffrath: Ich stimme für den Antrag in seiner ursprünglichen Fassung und nicht in der ihm von dem Abgeordneten Bassermann gegebenen. Gerade in dem Ausdruck: „Bevor die Bundesversammlung unsere Beschlüsse ausführen darf,“ liegt die Essenz des ganzen Antrags. Es fallen aber auch alle Gründe weg, die der Abgeordnete Bassermann für seine Modification angeführt hat, wenn Sie sich an die Worte des Präsidenten erinnern, daß bereits unsere sämmtlichen Be-

schlüsse der Bundesversammlung mitgetheilt worden sind, folglich auch ihr nicht mehr abgenommen werden können, sondern sofort ausgeführt werden müssen. Der einzige mir allerdings von einiger Erheblichkeit scheinende Grund des Abgeordneten Bassermann war der, daß die Ausführung unserer Beschlüsse verzögert werden würde. Dieser Grund ist praktisch. Unsere Beschlüsse aber sind, ich wiederhole es, dem Bundestage bereits mitgetheilt, dieses Faktum kann nicht mehr rückgängig gemacht werden, unsere Beschlüsse können und werden sofort ausgeführt werden, mithin fällt der einzige Grund des Abgeordneten Bassermann weg, das Wort „bevor" umzuändern in „indem." Außerdem erlaube ich mir noch einen Grund auszuführen, warum gerade ich für diesen Antrag stimme, und der besteht einzig und allein darin, weil ich ein Mann des Gesetzes und des Rechts zu sein mich stets bestrebt habe. Sie kennen mich nicht, allein in meinem Vaterlande gelte ich als ein solcher, der nur zu streng auf die Befolgung des Rechts dringt, aber ich dringe nicht nur darauf, daß das Recht von unten nach oben, sondern auch von oben herab befolgt werde. Die Bundesversammlung hat aber in früherer Zeit revolutionäre und reactionäre Beschlüsse gefaßt, und die reactionären sind viel gefährlicher als die revolutionären. Ich stimme aber auch insofern meinen Freunden nicht ganz bei, wenn sie, was hier Anstoß erregt hat, gestern mehrmals gesagt haben, wir lebten jetzt im Zustande der Revolution. Nein, meine Herren, jetzt leben wir im Zustande des Gesetzes, im regelmäßigen

Zustande, weil jetzt der Volkswille überall ausgeführt wird, weil jetzt das Volk stark, der Bundestag dagegen schwach oder ohnmächtig ist, weil jetzt nicht mehr der einseitige Wille der Regierungen gegen den Volkswillen ausgeführt wird, und das nenne ich den regelmäßigen Zustand der Staaten, daß der Volkswille gilt und nicht der einseitige Wille der Regierungen. Aus diesem Grunde sage ich, wir leben nicht im Zustande der Revolution, sondern jetzt ist der eigentlich vernünftige Zustand eingetreten.

v. Gagern: Meine Herren, ich will mich bemühen, der versöhnlichen Richtung zu folgen, die von einem der Vicepräsidenten, obgleich von der Gegenseite eingeschlagen worden ist. Ich werde mich ganz kurz fassen. Ich unterstütze den Bassermann'schen Antrag, es sind nicht Worte, es sind Thaten; um die That möglich zu machen, darum hat er den Antrag gestellt. Schaffrath hat das verwechselt und unrichtig Ihnen dargestellt. Er sagt, dem Bunde sind unsere Beschlüsse bereits mitgetheilt und er kann sie bis Morgen vollziehen. Nicht von unseren Beschlüssen spricht Bassermann und nicht davon handelt es sich, sondern davon, mit wem, wenn wir heute oder morgen, den Ausschuß von Fünfzig ernennen, er verhandeln, und wer nun die Einleitungen treffen soll, damit binnen vier Wochen ein National-Parlament hier versammelt sei. Das, meine Herren, ist nicht möglich, wenn Sie sagen, daß der gegenwärtige Bundestag alle diejenigen Mitglieder von sich ausscheiden müsse, die aus den gegenwärtigen Systemen nicht

hervorgegangen sind. Ich zweifle nicht daran, daß dieser Wunsch erfüllt wird, er ist von den meisten Regierungen bereits erfüllt, von anderen angesonnen worden; aber gerade diejenigen Regierungen, die bisher das System vertreten haben, das von uns geächtet ist, haben gar nicht mehr die Männer hier, die an diesen reactionären Beschlüssen Theil genommen haben, und gerade der Staat, der das Metternich'sche Prinzip an die Spitze des Bundestages getragen hat, hat einen so versöhnlichen Mann hierher geschickt, daß wir erwarten dürfen, mit seiner Hilfe diese Möglichkeit herbeigeführt zu sehen, die uns bald eine constituirende Nationalversammlung hierher rufen läßt. Das ist der Sinn des Bassermann-schen Antrags, er hat kein Wort, er hat eine That nur ausgesprochen. Leicht ist es, die Leidenschaften des Volks aufzurufen, und unklare Ideen, die man berichtigen sollte, nur noch zu vermehren; aber an die Thatsachen sollte man denken.

Uhland: Halten Sie zu gut, wenn ich mich mit einem Wort an Sie wende. Der Einzelne ist jetzt kein Einzelner, wir sind alle Wellen in der großen Strömung. Vor wenigen Wochen — Sie wissen Wochen sind jetzt Jahrhunderte — erging ein Bundesbeschluß, wonach den siebenzehn Stimmen des engern Raths entsprechend siebenzehn Männer des allgemeinen Vertrauens dem Bunde beigegeben werden sollten zur Vorberathung einer Revision der Bundesverfassung. Glauben Sie mir, ich habe so lange im öffentlichen Leben mich bewegt, daß ich wohl weiß, man kann als Mann des allgemei-

nen Vertrauens nicht ernannt werden, man kann dazu nur durch die Volkswahl gelangen. Es kam mir aber nicht auf das Wort an, sondern auf die Sache, denn damals waren Männer des Fortschritts in das würtembergische Ministerium eingetreten, meine Freunde, mit denen ich lange zusammen gestanden habe in Bekämpfung der Bundesbeschlüsse zu einer Zeit, wo es schwieriger war, sie zu bekämpfen als jetzt. (Zustimmung.) Mein Freund Pfitzer hatte einen Antrag gegen diese Beschlüsse gestellt, und ich war der Antragsteller in der Abgeordnetenkammer, und diese Kammer wurde dadurch aufgelöst. Diese Männer nun beriefen mich unter die jetzt übel angesehenen Vertrauensmänner. Ich bin aber nicht eingetreten mit Instructionen, sondern mit der ausdrücklichen Bedingung, daß ich keine bindende Instruction annehme, ich bin eingetreten mit der ausdrücklichen Erklärung, daß ich der Versammlung in freiester Weise anwohnen werde. Ich weiß, daß der Bund in seinem Personal noch nicht völlig umgestaltet ist, aber ich weiß auch, daß die Zeit indessen eine andere geworden ist, und ich beziehe mich nur auf das eine große Ereigniß, daß die Stellung Oesterreichs, der einflußreichsten Macht am Bund, eine völlig veränderte geworden ist. Man hat uns das Wunder verkündet, die Sonne sei im Westen aufgegangen, meine Herren, im Osten steigt eine glühende Morgenröthe auf! Meine Herren, ich fürchte auch nicht, daß, wenn der Bund in seinem Personal sich noch nicht völlig umgewandelt hat, wenn etwa noch einzelne Stücke des zerbrochenen Sy=

stems am Bunde vorhanden sind, das jetzt im Zuge der Dinge von einiger Bedeutung sei. Es ist mir viel wichtiger, daß ohne Verzug die deutsche constituirende Nationalversammlung ins Leben trete, eine junge frische Nationalversammlung. Ich glaube, daß wenn der Frühling Sprossen treibt, das alte Laub von selbst abfällt. Darum, meine Herren, stimme ich für das Bassermannsche Amendement. Ich bin eingetreten unter die Vertrauensmänner am Bunde, weil es mir vor wenigen Wochen — also vor einigen Jahrhunderten — schien, es sei die erste Bresche, durch die ein volksthümliches Element in den Bund eintrete, und ich werde in dieser Bresche stehen, so lange mich nicht diejenigen abrufen, die mich berufen haben, so lange ich glaube, daß ich mit meinem kleinen Pfund hier irgend Etwas für die Verjüngung Deutschlands wirken könne. (Beifall.)

Hecker aus Baden: Die Antragsteller haben nicht allein für sich gehandelt, sondern es ist in einer größern Versammlung die Fassung, wie sie hier vorgelesen wurde, genehmigt worden. So ist es, und ich fordere die Herren auf, beizustimmen. (Vielseitige Zustimmung.)

Man hat vorhin gesagt, es ist leichter das Volk aufregen, als eine That thun. Es sind Viele in diesem Hause, die da nicht tagten, als wir am 12. September 1847 in der ruhigen Zeit die Volkscharte proclamirten und mit Hochverrathsprozessen deßhalb verfolgt wurden. Haben wir etwa die Früchte der Aufregung geerndtet? Nein, wir haben keine Früchte erndten wollen, und haben keine Früchte geerndtet, und wir sagen Euch, wir

sind verpflichtet, die Aufregung so lange zu unterhalten, bis die Volkscharte zur vollen und klaren Wahrheit geworden ist. Ihr Herren Minister seid selbst revolutionär geworden an dem veralteten Prinzip des monarchischen und verkrüppelten Regiments! Ich wende mich zur Sache selbst. Die Bedeutung des Antrags liegt darin: Es soll eine Kommission gewählt und dem Bundestage zur Seite gesetzt werden, die der fischblutartigen Natur desselben das warme Leben und Blut des Volks eingießen, durch eine neue Infusionsmethode dem Bundestag Autorität und Kraft verleihen soll. Von uns kann keiner auf einer Bank sitzen mit einem jener Männer, wenn nur noch ein Jota seiner verruchten Ausnahmsbeschlüsse vorhanden ist. Man hat uns vorhin die Hand geboten und gesagt, man müsse von allen Farben, von allen politischen Nuancen Leute in diesen Ausschuß der Fünfzig wählen. Decken wir auf, warum wir nicht können, warum wir diese Anerkennung zurückweisen müssen. Wir sind nicht die Männer, um in eine Kommission hineingesetzt zu werden, und mit unsern Namen, die an der Seite des Bundestages stehen, das Volk zu täuschen. Nein, wir können nicht mit Bundestagsgesandten alten Schlags auf einer Bank sitzen, wir wollen nicht gewählt werden um den Preis, daß man von der republikanischen Fraction Männer neben die alten Bundestagsgesandten setzt, und damit das Volk fangen will. Wir sagen, bevor der Bundestag nicht gesäubert ist in seinen Personen und Beschlüssen, kann kein Ehrenmann, den das Volk hierher gesendet hat, neben ihm sitzen in

einer Kommission, die . . . (Große Aufregung. Stimmen: Der Redner muß zur Ordnung gerufen werden!) Es ist mir doch noch in keiner Versammlung vorgekommen, daß man einen Redner nicht einen Satz beendigen ließ. Ich habe gesagt, es kann kein Ehrenmann neben ihm sitzen, der gewählt werden soll aus einer Versammlung, die sich im Namen des Volkes selbst eingesetzt hat. Ich spreche nicht davon, jene Männer zu epuriren, die das Steuer in die Hand nehmen und sich neben ihn setzen, aber aus dieser Versammlung kann Keiner gewählt werden, ehe die Epuration vorausgegangen ist. Die Aufhebung der Karlsbader, Wiener und Frankfurter Beschlüsse hätte bereits erfolgt sein müssen. Kostet das Zeit? Im Augenblicke, wo man beisammen war, war es Zeit, zu erklären: jene Beschlüsse haben aufgehört, zu existiren. In Beziehung auf die Personen hat man uns ja von den Mitgliedern der verschiedenen Gouvernements vorhin selbst gesagt, man habe bereits an die Regierungen den Antrag gestellt, die Männer des alten Systems, die Männer der Volksbedrückung von ihren Sitzen zu entfernen. Entweder ist es den Regierungen Ernst, oder sie wollen uns dadurch hinhalten, abermals betrügen lassen. Ist es ihnen Ernst, so wird es keiner dreimal vier und zwanzig Stunden bedürfen, jene Männer abzurufen; oder es ist ihnen nicht Ernst, dann sind wir genöthigt und bei unserer Ehre verpflichtet, die stärkste Fassung zu wählen, damit diese Leute unmöglich werden, die jetzt noch selbst gegen den Willen der besseren Mitglieder am Bundestage versuchen, das Volk hinzu-

halten. Unsere Beschlüsse sind durch Telegraphen und Couriere längst in den Händen der Regierungen, sie können in wenigen Tagen ausgeführt werden, und darum verlange ich die stärkste Fassung, kein „indem," sondern ein „ehe" und „bevor."

Venedey: Der Abgeordnete Hecker hat gestern darauf angetragen, daß man die politischen Flüchtlinge hier in der Versammlung gewissermaßen amnestiren solle. Ich habe das als Theilnahme stillschweigend angenommen, aber ich glaube, ich war amnestirt; und so glaube ich auch, daß die Bundesbeschlüsse nicht mehr existiren, und diejenigen, die Angst vor ihnen haben, haben Angst vor Gespenstern. (Kapp: Angst hat nur der Bund, kein Mann!) Wozu ist es nöthig, daß wir hier die Aufhebung der Bundesbeschlüsse betreiben, die in Wien und Berlin aufgehoben sind? Zeigen wir, daß wir die Sieger sind, daß die Macht in unserer Hand ist! Ich stimme für das Bassermann'sche Amendement; ich halte es sogar für überflüssig, aber ich stimme dafür, damit das Wort ausgesprochen werde. In sehr vieler Beziehung glaube ich, daß die Parteien, die in diesem Augenblicke sich bekämpfen, nicht begriffen haben, wie tief die Sache des Volkes Wurzel geschlagen hat, und wie heute von all dem Plunder nichts mehr da ist. Wir sagen dem Bunde, das ist zu thun. er wird unser Briefträger werden und darum haben wir ihn nöthig. (Bravo.)

Der Präsident trägt nun auf Abstimmung über die zwei verschiedenen Formulirungen von Zitz und Bassermann an. Erstere lautet:

„Der Unterzeichnete stellt den Antrag, die Versammlung möge erklären, bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Begründung einer constituirenden Versammlung in die Hand nehme, müsse sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schooß entfernen, die zur Ausführung und Hervorrufung derselben beigetragen haben.“ Ich frage, ob dieser Antrag angenommen werden soll?

Diese Frage wird verneint, worauf sich eine große Anzahl Mitglieder der linken Seite entfernt.

Sofort kommt der Antrag von Bassermann zur Abstimmung, welcher so lautet: „Der Unterzeichnete stellt den Antrag, daß die Versammlung verlange, die Bundesversammlung, indem sie die Angelegenheiten der Begründung einer constituirenden Versammlung in die Hand nimmt und sich von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen lossagt, muß die Männer aus ihrem Schooß entfernen ꝛc.“ Dieser Antrag wird angenommen.

Präsident: Ein Antrag von Herrn Glaubrech geht dahin, die Versammlung wolle beschließen, daß es der permanente Ausschuß zu einer seiner ersten Aufgaben mache, eine vollständige Volksbewaffnung in ganz Deutschland unverzüglich ins Leben zu führen und dahin wirke, daß bei der allgemeinen Volksbewaffnung überall das Prinzip der freien Wahl der Führer durch die bewaffneten Bürger anerkannt werde.

Glaubrech aus Mainz: Ich wollte nur noch kurz zeigen, warum ich den Antrag eigentlich gestellt habe.

Er soll nämlich zur Consolidation des Ausschusses selbst dienen, weil wir uns als Versammlung nicht permanent erklärt haben. Sie haben gestern beschlossen, daß die Alleinregierung des Fürstenraths in Frankfurt a. M. aufhören solle. Ich sage des Fürstenraths, nicht des alten Bundestags oder der alten Bundesversammlung; denn es wurde ja zum wiederholten Male erklärt, daß dieser alte Bundestag oder diese Bundesversammlung eine Leiche sei. Ferner verstehe ich, wenn ich von einem Fürstenrathe spreche, jenen Fürstenrath, der bereits theilweise purifizirt ist und noch weiter wird purifizirt werden sollen. Weiter haben Sie beschlossen, daß ein Ausschuß aus ihrer Mitte aus Männern, die das Vertrauen des Volkes haben, zugleich die Regierung in die Hand nehme und sich für permanent erkläre, daß mit anderen Worten in Zukunft der Fürstenrath in Frankfurt a. M. nicht mehr allein, sondern nur unter Mitwirkung und Zuziehung, also auch Gutheißung des Volksausschusses handeln dürfe, und in Beziehung auf die Interessen der deutschen Nation nichts anordnen könne bis zu dem Tage, wo die constituirende deutsche Nationalversammlung zusammentritt, um definitiv die Geschicke Deutschlands zu regeln. Die Befugnisse des Ausschusses sind in einem besondern Antrag bezeichnet, allein ich habe darin eine Maßregel vermißt, die ich für nothwendig und dringend, ja für unaufschiebbar halte und zwar im Interesse des Ausschusses selbst, sowie der Freiheit und Selbstständigkeit des Volkes nach Innen und im Interesse unserer Nationalität und Einheit nach Außen.

Ich sprach mit einem Worte von einer Maßregel, die ich für denselben vorgeschlagen hatte, auf den sich unser Ausschuß stützen soll. Frankreich hat eine große Revolution gemacht. Man hat gesehen, daß unter den schwierigsten Zeitumständen und in dem Augenblicke, wo sich die Revolution vervollständigte, fünfzehn Männer sich an die Spitze der Nation gestellt und zugleich die gesetzgebende Versammlung aufgelöst haben. Warum haben sie das gethan und konnten sie es thun? Weil sie sich auf die National-Bewaffnung von Frankreich gestützt, darin ihre Grundlage und ihren Schutz gefunden haben. Ich bin deßhalb der Meinung, daß, indem wir einen Ausschuß niedergesetzt haben, auch unser erster Schritt der sein sollte, eine allgemeine Volksbewaffnung in ganz Deutschland ins Leben zu rufen. Wir haben gestern beschlossen, den Antrag auf Permanenzerklärung dieser Versammlung abzulehnen, deßhalb trage ich jetzt darauf an, auszusprechen, daß das ganze deutsche Volk sich bewaffnen und für permanent erklären solle, denn nur darin finde ich eine Gewähr der Freiheit und der innern Sicherheit gegen die Reaction derjenigen Partei, welche gestürzt worden ist, so wie endlich auch eine Garantie und den nöthigen Schutz für unsere Freiheit und Selbstständigkeit gegenüber von Rußland.

Der Präsident fragt hierauf die Versammlung: ob sie mit dem Antrag einverstanden sei, daß der Ausschuß dahin wirken solle, daß in allen deutschen Ländern Volksbewaffnung schleunigst ins Leben gerufen werde?

Diese Frage wird bejaht.

Ich lade nunmehr die Mitglieder ein, morgen den Ausschuß zu wählen und zwar in der Weise, daß auf den Listen der Mitglieder fünfzig Namen, die gewählt werden sollen, mit einem Striche versehen und die Zettel bis längstens acht Uhr Morgens dem Secretariat übergeben werden.

Nachdem sich viele Mitglieder dieser Ansicht angeschlossen hatten, wird die Sitzung aufgehoben.

Vierte Sitzung, am 3. April 1848.

Präsident: Ich bin in der angenehmen Lage, Ihnen, meine Herren, bedeutende Mittheilungen machen zu können. Ich habe, wie ich gestern bereits erklärte, der Bundesversammlung unsere Beschlüsse mitgetheilt und habe heute von dem Herrn Bundespräsidialgesandten Grafen Colloredo die Antwort erhalten, daß die Bundesversammlung gerne bereit sei, in Folge dieser in der Mittheilung vom 23. März ausgesprochenen Wünsche dieser Versammlung entgegen zu kommen. Die Bundesversammlung hat hierauf Folgendes beschlossen:

„Auf den in der 22. Sitzung vom 23. März dieses Jahres §. 176 erfolgten Antrag der freien Städte für Frankfurt, daß, da die seit dem Jahre 1819 erlassenen sogenannten Ausnahmsgesetze des deutschen Bundes unter veränderten Umständen bereits allenthalben außer Wirksamkeit getreten, dieselben auch von Seiten

des deutschen Bundes förmlich als aufgehoben und beseitigt zu erklären seien,

„„beschließt die Bundesversammlung:

daß die gedachten beanstandeten Ausnahmsgesetze und Beschlüsse für sämmtliche Bundesstaaten aufgehoben, mithin als bereits völlig beseitigt zu betrachten und wo es noch erforderlich befunden werden sollte, darüber die nöthigen Bekanntmachungen zu erlassen seien.““

Beschlossen Frankfurt a. M. den 2. April 1848.“

Ich bin aber in der Lage, Ihnen noch eine andere Mittheilung machen zu können. Ich habe nämlich für Pflicht gehalten, meine Herren! auch persönlich mit aller Kraft dafür zu wirken, daß dem gestrigen Beschlusse dieser Versammlung Folge gegeben werde. Ich bin nach genommener persönlicher Rücksprache mit dem Herrn Grafen Colloredo ermächtigt zu erklären, daß demselben zuverlässig bekannt ist, daß diejenigen Gesandten, welche fühlen, der gestern von unserer Versammlung gefaßte Beschluß könnte auf sie bezogen werden, ihre Entlassung bereits eingereicht haben oder jetzt unverzüglich einreichen werden, und daß sämmtliche Gesandtschaften ihren Regierungen dringend empfohlen haben, daß die Bundesversammlung auf eine das allgemeine Vertrauen erweckende Weise ungesäumt gebildet werde. (Bravo.)

v. Itzstein aus Baden: Es wird sich diese Bekanntmachung auf das Gefühl der Gesandtschaften beziehen, die zu der verderblichen Richtung des Bundes mitgewirkt haben. Ich hoffe, daß alle diejenigen, die

mitgewirkt haben, dieses Gefühl haben werden, und daß wir erwarten dürfen, daß alle jene austreten werden, die zu dem früheren Unfuge mitgewirkt haben.

Bei dieser Gelegenheit habe ich noch eine kurze Erklärung abzugeben.

Sie wissen, meine Herren, was ich bedauert habe, daß eine ziemlich bedeutende Anzahl von Mitgliedern unserer Versammlung gestern die Sitzung verlassen hat. Ich bekenne, daß mir dieses, wie gewiß jedem von Ihnen, wehe gethan hat, daß in einer Zeit, wo Einigkeit so sehr noth thut, um für das Vaterland dasjenige zu Stande bringen, wonach wir so lange vergeblich geseufzt haben, unserm Wirken ein schwerer Hemmschuh dadurch angelegt wurde zur Erreichung unseres Zieles. Die heute verkündeten Beschlüsse des Bundestages heben aber nach meiner Meinung jeden Grund auf, welcher die Männer veranlaßt hat, aus unserer Mitte zu scheiden. Da ich dieses voraussetze, so darf ich glauben, daß diese Männer meiner Bitte eher nachgeben werden, als ich dieses gestern zu erwirken im Stande war. Ich werde mich also zu diesen Mitgliedern verfügen und sie bitten, in unsere Versammlung zurück zu kehren, um hier zu wirken — seien sie Nord- oder Süddeutsche — für das allgemeine Wohl Deutschlands. Kommen diese Männer aber nicht wieder in unsere Versammlung, was unter den jetzigen Verhältnissen ein noch größerer Fehler wäre, als der gestern begangene, dann kann ich die Sache nicht ändern; kommen sie aber herein, dann schlage ich vor, daß die Wahl des Ausschusses aufge-

schoben werde bis Nachmittags vier Uhr, damit sie gleichfalls daran Theil nehmen können.

Venedey: Ich habe mehr als einmal die Seite bekämpfen müssen, welcher die ausgetretenen Mitglieder angehören, ich muß sie aber dringend bitten, dem Antrage des Abgeordneten v. Itzstein zuzustimmen. Es soll damit keine Concession gegeben werden, sondern es soll nur als Beweis dienen, daß Deutschland einig sei. Diesen Beweis müssen wir liefern. Ich fordere die Versammlung auf, dem Vorschlage des Herrn v. Itzstein so viel wie möglich beizutreten.

Präsident: Das Einfachste ist wohl, daß wir abwarten, ob, wenn mein Freund v. Itzstein zu den Herren sich begibt und Ihnen die Mittheilung, die ich Ihnen vorhin eröffnet habe, zu ihrer Kenntniß bringt, dieselben in unsere Versammlung zurückkehren, daß wir denselben aber gewissermaßen das Protocoll offen lassen und das Recht zu wählen geben, die Stimmzettel also nicht eröffnen bis dahin, und daß wir beschließen, daß jeder von uns noch außerdem fünf neue Mitglieder wählt.

Wesendonck: Der Antrag des Abgeordneten v. Itzstein ist allerdings versöhnender Natur. Er ist aber nicht vollständig. Ich erlaube mir daher, einen Zusatz zu beantragen. Meine Herren, wenn Sie nicht wollen, daß man Ihnen in der Folge vorwerfen soll, Sie hätten nur zum Schein gehandelt, aber de facto dennoch die Ausgetretenen von der Wahl ausgeschlossen; so muß, wie ich glaube, von der Versammlung ausgesprochen

werden, daß das Wahlgeschäft erst um vier Uhr Nachmittags beginnt, es muß ein neues Wahlgeschäft beschlossen werden. Thun wir das nicht, dann begehen wir keinen Act der Versöhnung. Ich will eine vollständige Versöhnung. Was wird man sagen, wenn wir das nicht thun? Man wird von jener Parteiseite erklären, man hat nur den Schein angenommen. Diesen Schein, meine Herren, müssen wir zu vermeiden suchen. Wenn wir das Wahlgeschäft bis Nachmittags vier Uhr aufschieben, und sie nehmen keinen Theil daran, dann haben wir die volle und klare Ueberzeugung, daß jene Herren um jeden Preis sich von uns trennen wollen. Jetzt haben wir diese Ueberzeugung noch nicht. Dann sind sie genöthigt, sich auszusprechen, ob sie es mit der guten Sache ehrlich meinen. Wenn sie sich nicht anschließen, dann erklären sie sich für unsere Feinde. Sonst muß ich bei dem bleiben, was ich in einem eigenen Antrag auf dem Büreau niedergelegt habe. Ich war gestern schon der Meinung, daß wir nicht so weit hätten gehen, daß wir uns hätten beschränken sollen, nachdem zwei Anträge zur Abstimmung gebracht waren, daß wir uns aller ferneren Beschlüsse enthalten hätten. Ich habe laut gerufen, daß ich dieß im Interesse der Gerechtigkeit wünsche. Ich bin der Meinung gewesen, daß man sich von der Minorität nicht hat besiegen lassen sollen. Aber ich bin der Meinung, daß man einen augenblicklichen Sieg über die Minorität nicht dazu benutzen soll, sie jetzt auszuschließen. Ja, meine Herren, ich habe eine Erklärung im Einverständnisse mit den

Herren Fürst und Müller auf das Büreau niedergelegt. In Folge der uns vom Herrn Präsidenten gemachten Mittheilung, daß der alte Bund sich wirklich auflöse, habe ich diese Erklärung wieder modificirt. Ich frage Sie, haben Sie die Abstimmung mit der Namensunterschrift so verstanden, daß wir gezwungen sein sollen, die Namen auf dem Stimmzettel zu unterschreiben? Nein, gewiß nicht. Ich hielte dieses für einen totalen Eingriff in die Freiheit der Wahl. Sollte der Beschluß wirklich so gedeutet werden, so ersuche ich die Versammlung, diesen Beschluß nicht anzuerkennen und den Wahlact frisch vornehmen zu lassen. Dann, meine Herren, sind wir versöhnlich. Es muß dem einzelnen Wähler freistehen, seinen Wahlzettel zu unterschreiben oder nicht. Ich kann ein Vertrauensvotum nicht unterschreiben. Es wird dadurch nur Feindschaft erzeugen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, meine dem Büreau übergebene Erklärung der Versammlung mitzutheilen.

v. Itzstein: Ich glaube, daß es nöthig ist, zu versuchen, die Herren zu ihrer Rückkehr in unsere Versammlung zu vermögen, sie in Kenntniß zu setzen von der Art und Weise, wie die Bundesversammlung ihre Beschlüsse hierher gesendet hat. Ich werde zu diesem Zwecke mein Möglichstes thun. Ich habe die Hand zum Frieden geboten. Ich habe geglaubt, Sie nehmen sie freundlich an. Ich bedauere, daß Widersprüche erfolgen, die nur gegen die Einigkeit sind. Meine Herren, wenn Sie Abstimmung verlangen, so werden Sie doch ein Billigkeitsgefühl in sich haben. Lassen Sie die

geschehene Abstimmung bestehen, geben Sie aber den Herren, die ihre Stimmzettel zurücknehmen wollen, das Recht, daß sie dieß thun können. Dann bin ich zufrieden.

Präsident: Ich frage, meine Herren, ob Sie nicht jetzt über den Antrag des Abgeordneten v. Itzstein abstimmen wollen, und zwar über den Antrag, daß Jedem aus der Versammlung freigestellt werde, seinen Stimmzettel zurückzunehmen und Abänderungen eintreten zu lassen; daß aber auch diejenigen Mitglieder, die wir nicht in der Versammlung sehen, die aber zurückkehren wollen, das Recht haben, zu wählen, und daß dann erst nach einiger Zeit die Stimmzettel eröffnet werden. Bis ein Uhr kann Jeder seinen Zettel zurücknehmen. Er kann einen neuen übergeben. Ich frage, ob Sie zustimmen?

Die Versammlung bejaht diese Frage.

Nach einer längeren Berathung über das Maaß der künftigen Volksrechte, an der sich eine große Zahl Redner betheiligen, wird der Beschluß gefaßt, der künftigen Nationalversammlung folgende Zusammenstellung der Grundrechte des deutschen Volkes nach den Anträgen der Herren Jaup, Venedey, Colonius, Struve u. A. zur Prüfung und Berücksichtigung zu empfehlen:

Gleichstellung der politischen Rechte, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses und Unabhängigkeit der Kirche vom Staate.

Volle Preßfreiheit.

Freies Vereinigungsrecht.

Petitionsrecht.

Eine freie volksvertretende Landesverfassung mit entscheidender Stimme der Volksabgeordneten in der Gesetzgebung und Besteuerung und mit Verantwortlichkeit der Minister.

Gerechtes Maaß der Steuerpflicht nach der Steuerkraft.

Gleichheit der Wehrpflicht und des Wehrrechts.

Gleiche Berechtigung aller Bürger zu Gemeinde- und Staatsämtern.

Unbedingtes Auswanderungsrecht.

Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht.

Lehr- und Lernfreiheit.

Schutz der persönlichen Freiheit.

Schutz gegen Justizverweigerungen.

Unabhängigkeit der Justiz.

Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und Schwurgerichte in Strafsachen.

Ferner:

Ein volksthümliches Creditsystem mit Ackerbau- und Arbeiterkassen.

Schutz der Arbeit durch Einrichtungen und Maßregeln, um Arbeitsunfähige vor Mangel zu bewahren, Erwerblosen lohnende Beschäftigung zu verschaffen, die Verfassung des Gewerb- und Fabrikwesens den Bedürfnissen der Zeit anzupassen.

Schulunterricht für alle Classen, Gewerbe und Berufe aus Staatsmitteln.

Anerkennung endlich der Auswanderung als Na-

tionalangelegenheit und Regelung derselben zum Schutze der Auswanderer.

Es erscheinen nunmehr die gestern in Folge der Verwerfung des Zitz'schen Antrages aus der Versammlung ausgetretenen Mitglieder wieder in ihrer Mitte und werden mit anhaltendem allgemeinen Bravo empfangen.

Hecker besteigt die Tribüne und äußert: Es ist uns heute früh durch den Herrn v. Itzstein mitgetheilt worden, daß die hier Versammelten den Beschluß gefaßt haben, uns einzuladen, an der Versammlung wieder Theil zu nehmen, nachdem nicht nur die sämmtlichen Ausnahmsbeschlüsse des Bundes, deren sofortige Aufhebung wir gestern im Interesse unserer und der Nationalehre verlangt haben, weggeräumt seien, sondern nachdem auch die Personen, welche die lebendigen Vertreter und Träger seiner Beschlüsse sind, ihre Demission eingegeben haben und nicht ferner wirken können zur Schmach und zum Nachtheile des deutschen Volkes und seiner freiheitlichen Entwickelung. Nach diesen Vorgängen, die gestern noch uns gegenüber auf eine Negation gestellt waren, haben wir uns im Namen des Vaterlandes verpflichtet erachtet, in die Versammlung wieder einzutreten. Wir hoffen und sind es überzeugt, daß der Geist der Zeit und unseres-Volkes, der die volle Freiheit und die Wegräumung jeder alten Schranke verlangt, alle Herzen durchdringen werde und treten in diesen Saal ein mit dem Rufe: Es lebe das befreite und freie deutsche Volk!

Ein dreimaliges Hoch von der Versammlung und der Galerie folgt diesem Ausruf.

Durch mehrere Mitglieder wie Tuskoski, Roquette u. A. wird nochmals das Verhältniß der Polen und Deutschen im Großherzogthum Posen zur Sprache gebracht, jedoch auf den gestrigen Beschluß verwiesen, diese Frage offen zu halten. Nach einer Anzahl minder wichtiger Anträge, darunter auch die Dankesbezeugung an die Einwohner Frankfurts, an die Präsidenten u. s. w. geht die Sitzung ihrem Schlusse entgegen.

Der Präsident: setzt hierauf die Versammlung noch in Kenntniß, daß das Resultat der Ausschußwahl heute noch nicht bekannt gemacht werden könne, diejenigen Mitglieder aber, die nicht so lange warten wollten, bis es durch die Presse veröffentlicht werde, morgen früh um acht Uhr in dieser Kirche es vernehmen könnten. Nachdem noch ein Mitglied der Versammlung den ein und fünfzig Männern, welche den Muth gehabt, sich in Heidelberg zu versammeln, seine Anerkennung ausgesprochen, erhebt sich der Präsident Mittermaier und schließt die Sitzung mit nachstehenden Worten: Es gibt Stunden im Leben, welche die Quelle der kostbarsten Erinnerungen werden und reiche Entschädigung für die vielen trüben Stunden gewähren, in denen man fühlt, daß das Leben das An- und Auskleiden nicht werth ist. Jene herrlichen Stunden sind diejenigen, in welchen wir für ein erhabenes Ziel kämpfen und durch das Bewußtsein eines erfolgreichen Wirkens in einer heiligen Sache gehoben werden. Stunden dieser Art waren es, die wir

seit vier Tagen in diesen Räumen verlebten. In unserer Versammlung, die, wenn sie vor einem halben Jahre gehalten worden, als Verbrechen verfolgt worden wäre, haben wir die Forderungen des deutschen Volkes öffentlich ausgesprochen und seine Interessen berathen. Am ersten Mai versammelt sich die constituirende Nationalversammlung, hervorgegangen aus den freiesten Volkswahlen, um die künftige Gestaltung Deutschlands zu berathen und festzustellen. Die Rechte, welche in Zukunft jeder deutsche Staatsbürger überall auszuüben befugt sein soll, damit ein deutsches Bürgerrecht eine Wahrheit werde, sind von uns berathen. In den vier Wochen bis zur Eröffnung der Nationalversammlung bleibt ein von uns gewählter Ausschuß von fünfzig Männern versammelt, um mit der Bundesversammlung die höchsten Interessen Deutschlands zu berathen und die Nationalversammlung vorzubereiten. Unsere Abstimmungen sind zwar keine förmlich bindende Beschlüsse, die künftige constituirende Versammlung wird selbstständig das, was Deutschland frommt, in Erwägung ziehen und Beschlüsse fassen; unsere Beschlüsse werden nur eine moralische Kraft durch ihr Anpassen an die Forderungen des deutschen Volkes haben und verstärkt durch die öffentliche Meinung wirken. Nicht beunruhigen kann auch der heute gefaßte Beschluß, daß es nach der eigenen redlichen Erklärung des Antragstellers der constituirenden Versammlung überlassen bleibt, wie und in welchem Umfange sie mit praktischem Geiste den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen muß. Manche von uns

werden die Früchte unseres Wirkens nicht mehr genießen, aber sie werden glücklich im Vorgefühle des neuen, edleren Lebens sein. In Stunden, wie die gegenwärtige, wo der Mensch eine Frage frei hat an das Schicksal, schaut die Seele begeistert in die Zukunft, hier schaut sie beseligt der neuen Gestaltung des Vaterlandes, unser Deutschland zur Stufe der Macht und Herrschaft erhoben, die ihm gebührt. Während jeder einzelne Staat wetteifernd mit den anderen seine eigenthümlichen Bedürfnisse und Interessen entwickelt, bilden alle Staaten miteinander einen Staat, wo es darauf ankömmt, durch gemeinschaftliche Maßregeln und Einrichtungen einen großen Zweck zu erreichen und zu bewirken, daß Deutschland Ehrfurcht-gebietend allen anderen Staaten gegenüberstehe, daß eine innere Einheit alle Einzelstaaten umschlinge, die Schranken fallen, die bisher den deutschen Bürger hindernd von dem Bruderstaate trennten. Der Volksgeist wird künftig im deutschen Parlament, die Interessen Deutschlands fördernd, Einfluß üben. In der heiligen Stunde spricht das Herz des Freundes des Vaterlandes eine ernste Mahnung an Deutschlands Fürsten. Manche mögen der neuen Bewegung mit innerem Widerstreben gefolgt sein, heimlich Hoffnungen der Rückkehr alter Zeiten nährend, von Vorurtheilen, die sie von Jugend auf einsogen, verblendet und von Höflingen und Schmeichlern getäuscht, die das Volk verdächtigten und die Wahrheit unterdrückten. Von den Fürsten hängt es ab, die dem Königthume drohenden Gefahren abzuwenden. Hoffe keiner, wie ein Schauspieler, wenn er die

ihm von der Gewalt der Umstände zugetheilte Rolle gut spielt, das Volk zu täuschen! Nur eine fleckenlose Persönlichkeit des Herschers kann ihm eine moralische Macht geben; nur der Fürst ist stark, der offen und wahr, das Ohr verschließend dem Schmeichler, in der Liebe des Volkes sein Glück und in der Beglückung des Volkes seine Stütze findet. Treue um Treue, Liebe um Liebe. An das deutsche Volk ergeht die ernste Mahnung, daß es die Bedeutung der Zeit verstehe, taub gegen Schmeichelei und Einflüsterungen derer, welche Alles umstürzen wollen, dadurch die Freiheit ehre, daß es Ordnung und Gesetzesherrschaft achtet, eingedenk, daß, jemehr die Freiheit entfaltet ist, desto größere Opfer des Einzelnen nöthig werden, und daß Freiheit ohne sittliche Grundlage eine furchtbare Macht ist. Das Volk wird, die Wichtigkeit der künftigen Nationalversammlung begreifend, mit Sorgfalt seine Vertreter wählen, damit gesunder Sinn, Intelligenz, reiner Wille und praktischer Geist über die Zukunft Deutschlands entscheide.

An uns selbst, meine Freunde, ergeht die Mahnung, uns als die Freunde des Volkes dadurch zu bewähren, daß wir ihm nicht schmeicheln, nicht eitle Hoffnungen trügerisch wecken, eine gefährliche Aufregung nähren, daß wir vielmehr, selbst das Vorbild der Achtung des Gesetzes gewährend, Scheu tragen vor wechselseitigen Verdächtigungen, Versuchungen der Eitelkeit und des Egoismus unterdrückend, das Volk in dem gesetzlichen Widerstande gegen ungerechte Maßregeln unterstützen, belehren und ihm zeigen, wie der Deutsche fähig

der Freiheit sich bewähren kann. Nur ein Ruf drängt in der Stunde des Abschiedes sich aus der Brust, der Ruf: „Heil dem geliebten, durch Eintracht starken, innerlich verbundenen, freien, großen deutschen Vaterlande!“

Resultat der Wahl für den Fünfziger-Ausschuß.

Wiesner aus Oesterreich erhielt 457 Stimmen; v. Itzstein aus Baden 443; Robert Blum aus Sachsen 435; Jakoby von Königsberg 396; Kolb von Speier 391; Abegg aus Preußen 390, v. Soiron aus Baden 390; Simon von Breslau 388; Schott aus Würtemberg 385; Murschel aus Würtemberg 380; Raveaux aus Rheinpreußen 373; Spatz aus Rheinbayern 369; Eisenmann aus Bayern 361; Schleiden aus Schleswig 361; Matthy aus Baden 356; Güllich aus Schleswig 356; Freudentheil von Hannover 352; Graf Bissingen aus Oesterreich 350; Stedtmann aus Rheinpreußen 350; Venedey aus Rheinpreußen 347; Schnelle aus Mecklenburg 344; Siemens von Hannover 342; Jürgens von Braunschweig 340; Zachariä aus Hannover 333; Wippermann aus Kurhessen 328; Lehne aus Rheinhessen 322; Biedermann aus Sachsen 321; Rüder von Oldenburg 321; Hergenhahn aus Nassau 320; Buhl aus Baden 315; Nonne von Hildburghausen 314; Kierulf aus Mecklenburg 313; Heckscher von Hamburg 312; Cetto

aus Rheinpreußen 311; Duckwitz von Bremen 310; Behn von Lübeck 310; Schwarzenberg aus Kurhessen 309; Brunck aus Rheinhessen 307; Mappes von Frankfurt a. M. 306; Pagenstecher aus Rheinpreußen 305; Wilhelmi aus Rheinpreußen 304; Briegleb von Koburg 303; Blachière aus Kurhessen 298; v. Closen aus Bayern 297; Paur aus Bayern 296; Reh von Darmstadt 288; Mack aus Würtemberg 285; Meyer aus Preußen 277; Wedemeyer aus Preußen 270; v. Wächter aus Würtemberg 190.

Beilage.

Wir halten es für nöthig zum Verständniß jener großen Tage vom 31. Merz bis 3. April, mit denen die neue Geschichte Deutschlands begann, die Berichte eines Beobachters über die Versammlung wie über die Vorgänge in der Stadt Frankfurt mitzutheilen, indem nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Paulskirche, in Clubbs wie auf den Straßen, von Mitgliedern und Nichtmitgliedern des Parlaments Politik gemacht wurde. Zu jener Zeit schwankte noch in der öffentlichen Meinung das Zünglein der Wage, ob links nach Republik, ob rechts nach constitutioneller Monarchie, und dem Vorparlament war es zunächst bestimmt, in dieser großen Frage einen Ausspruch zu thun.

„Die Tendenz der Versammlung ist diejenige geworden, welche nach der Vorversammlung im Weidenbusche vorauszusagen war: das Ausrufen einer Republik hat nur einen ganz kleinen Theil der Versammlung für sich. Vier Fünftheile der Versammlung sind monarchistisch. Und doch ist sie hervorgegangen aus lauter demokratischen Organen der Wahl und Einladung. Die Einladungen namentlich sind nur erfolgt an ausgesprochen demokratische Leute. Und noch fehlt, was außerordentlich viel sagen will, fast ganz Preußen in seiner östlichen Hälfte und es fehlt ganz Oesterreich. Von letzterem ist nur ein Mann da (!) der Schriftsteller Wiesner, welcher denn auch als Sprecher auftrat und unter günstigstem Entgegenkommen der Versammlung das Interesse Oesterreichs vertrat, als von den nächsten Wahlen die Rede ging. Welch einen weitaus monarchistischeren Charakter wird die constituirende Versammlung annehmen, wenn die Zeit der ersten Aufregung vorüber und jene großen Monarchien vollständig vertreten sind! Indessen mache man sich keine Täuschungen

mit dem Worte monarchistisch. Es hat keineswegs die Bedeutung alten Styls und Sinns. Es bedeutet nichts mehr und nichts minder als ausgebildetste constitutionelle Verfassung, und zwar diese Verfassung in ihrer vollsten Consequenz, und sie vertheidigt das Monarchische darin nur als formell wünschenswerth zur Krönung des Pyramidenbaues. Diese Staatsform allein rettet im jetzigen Augenblick Deutschland's monarchische Form; denn in ihr allein können sich Parteien vereinigen, welche ohne diese Vermittelung sämmtlich Republik rufen würden. Hoffen die Herren alten Styls unter diesem Mantel eine Reaction zu erwarten oder herbeizuführen, dann ist die Monarchie, mag diese Reaction gelingen oder nicht gelingen, in ihren letzten Lebenskeimen zerstört und es rettet sie in Deutschland nichts mehr. Mögen sie sich das gesagt sein lassen. Unter Kanonenschall und Waffengruß kam am 31. März gegen 10 Uhr die vorbereitende Versammlung, meines Erachtens gegen dreihundert stark, aus dem Römer herab in die Paulskirche gezogen. Die Theilnahme des Publikums an diesen ersten Acten einer wieder erstehenden deutschen Nation kann ich Ihnen nicht eindrucksvoll genug beschreiben: es ist ein immerwährendes Fluthen der Massen, ein Jubeln und Rufen und Schießen in den Straßen, daß nervenschwache Leute fast zu Grunde gehen. Die Paulskirche selbst ist nicht eine Kirche nach unsern Begriffen, sondern ein runder Tempel, der auf Marmorsäulen ruht. Innerhalb des Säulenkreises sitzt die Versammlung, außerhalb desselben auf terrassenförmig aufsteigenden Bänken die Zuhörerschaft. Letztere hat auch oben noch Galerien, und war denn heute durch immerwährendes Zurufen dem ruhigen Gange der Verhandlung sehr hinderlich. Der Vorsitzende Mittermaier hat auch nicht die Energie, solch eine Versammlung zu leiten. Das Schiff trieb also vor dem Winde einher und es segelte dabei doch gut, weil der Wind eben innerlich ein guter, ehrlicher Wind war, nicht aber ein Sturm. Die andern Wahlen der Vicepräsiden-

ten ꝛc. Dahlmann, Itzstein, Robert Blum und Jordan bezeichneten wohl die Neigung alle Landschaften und Parteien zu betheiligen. Die erste Hälfte der Sitzung nahmen die Republikaner und was näher zu ihnen hält in Anspruch. Sie faßten den Stier bei den Hörnern, waren also ehrlicher, denn klug. Das Programm der Siebner-Commission, welches sich als Leitfaden für die Sitzung aufgestellt hatte, wollten sie sofort beseitigen, um freien Raum für ihre Vorschläge zu finden. Diese gingen auf eine Besitzergreifung des centralen Regimentes in Deutschland hinaus durch dauernde Begründung der jetzigen Versammlung, durch Einsetzung von Ausschüssen, durch — provisorische Regierung. Letzteres ist das Stichwort. Sie wollten den Hergang wie in Frankreich, um selbst die Regierungsform vorzuschlagen und durchzusetzen. Dieß ist überall der gleiche tyrannische Gedanke, welcher sich republikanisch nennt, und die wahre Volkssouveränität nur als Theaterschild vorhält. Die kleinste Minderheit macht die Gesetze, und die unermeßliche Majorität hat Ja zu sagen. Nüchtern politisch betrachtet wird hierin immer verzweifelt viel Wahres bleiben, aber es hat nur etwas sehr komisches von diesem Standpunkte moderner Tyrannei aus so herzlich und ehrlich auf das System des alten Metternichs schelten zu hören. Diese jungen Metterniche haben nur den linken Lauf der Doppelflinte geladen, das Gewehr aber selbst ist ganz dasselbe Werkzeug der Gewaltherrschaft. Die Versammlung war sich indessen allem Anschein nach dieser Lage der Dinge gar wohl bewußt, und war sehr leicht einig darüber dieser Richtung der HH. Struve, Hecker ꝛc. nicht zu folgen. Es ward ihr aber sehr schwer, die eigene Richtung zu finden; denn in einer recht energischen Mittelpartei bekundete sie deutlich, daß man auch nicht dem Programme der Siebner-Commission folgen, wenigstens nicht wörtlich folgen wolle. Diese Commission hatte auch eine Regierungsform — Bundeshaupt, Senat, Volkshaus — an die Spitze gestellt, und verlangte da-

für eine Art Vertrauensvotum. Dieß zu geben war man nun wohl nicht abgeneigt, aber man wollte in nichts vorgreifen, und schaarte sich denn endlich um den Vorschlag Eisenmanns, alle Thätigkeit auf Zusammenberufung einer constituirenden Nationalversammlung zu concentriren. Diese allein, wo möglich in vier Wochen zusammen berufen, sei competent; die jetzige Versammlung habe nur das Geschäft einzuleiten. Während der Berathung wurde unklugerweise der Versammlung die Anzeige officiell gemacht, es finde auf den Straßen ein bewaffneter Zusammenstoß statt, und man solle von Seite der Versammlung einschreiten. „Das ist ein Handstreich der Republikaner! Man will die Versammlung sprengen!" schrieen die einen. „Da seht Ihr's, wohin Euer Zögern führt, das Volk will die Republik!" schrieen die andern. Glücklicherweise blieb man, und als der Lärm sich etwas gelegt, kam die Kunde, der Zusammenstoß sei beseitigt. Soviel ich erfahre, sind die herumziehenden Fahnenträger aneinander gerathen. Die Fahne der hiesigen Massen trägt die Inschrift: „Deutsches Parlament, keine Republik." Ein Trupp Republikaner an ihrer Spitze, wunderlich genug! der Volksmann Metternich aus Mainz hat diese Fahne angegriffen, und ist dafür blutig zugedeckt worden. Besonders die anwesenden Darmstädter Bürger, deren Hauptquartier der hiesige Darmstädter Hof, deren Feldgeschrei „Gagern und Parlament!" sollen unsanft zugegriffen und Hrn. Metternich arg zugerichtet haben. An einer andern Stelle ist auch ein Schuß gefallen, und ein Republikaner geschossen worden. Einen größern Eindruck hat die Sache nicht gemacht, da die Frankfurter Massen weit aus für „Parlament" sind. Des Abends fand denn auch ein Fackelzug statt von einer Ausdehnung, wie ich sie mein Lebtag nicht gesehen. Ich glaube, er reichte von einem Thore Frankfurts bis zum andern, und das „Hoch deutsches Parlament!" war betäubend.

Der erste Theil der Vaterlandlandsbibliothek enthält:

Statistisches Taschenbuch
der
deutschen Bundesstaaten.

Genaue Kenntniß des Vaterlandes sollte man jetzt von jedem gebildeten Deutschen erwarten dürfen. Dieß Taschenbuch giebt die neuesten Verhältnisse aller 38 Bundesstaaten in einer neuen äußerst anschaulichen Weise, über Größe, Bevölkerung, Confessionen, Contingent, Produkte, geographische Beschaffenheiten, vorzüglich aber durch eine tabellarische Städtestatistik nach den Einwohnern geordnet, welche mit einem Blick die Uebersicht über jedes Land giebt.

Preis brosch. 18 kr. rh. — 5 Sgr.

Im gleichen Verlage erschien:

Bildniß des Erzherzogs Johann.

Nach einem Originalgemälde.

Lithographirt von Küstner.

Preis in Quart 12 kr. in Folio 18 kr.

Reisebeschreibungen.

Wegweiser um den Bodensee und seine Umgebungen. 500 Seiten, Taschenformat. Mit Karte. geb. 48 kr. Ohne Karte broschirt 24 kr.

Dieser Wegweiser enthält die vollständige Geschichte und Beschreibung der ganzen Seegegend, ferner des Rheinthales, der Kantone St. Gallen und Appenzell u. s. w., und ist als unterhaltendes und nützliches Buch jedem Reisenden zu empfehlen.

Wegweiser auf der **Rheinreise** von **Mainz** bis **Cöln.** 370 Seiten. Mit Karte. geb. 30 kr.

Diese Reisebeschreibung zeichnet sich vorzüglich durch die genaueste Aufzählung aller Sehenswürdigkeiten und die Geschichte der vielen Ruinen aus.

Wegweiser durch **Heidelberg, Mannheim, Bergstraße, Darmstadt** u. s. w. Enthält eine genaue Beschreibung der ganzen Pfalz und des Odenwaldes. geb. 30 kr.

Wegweiser durch **München**, mit Grundriß 12 kr. — Durch **Nürnberg**, mit Grundriß 12 kr. — Durch **Augsburg** und **Ulm**, mit Grundriß 30 kr. — **Ulm**, apart 12 kr. — Durch **Frankfurt a. M.**, 18 kr. — Durch **Heilbronn** und **Jaxtfeld**, 18 kr..

Der Fall des Sonderbundes. Ein tragikomisches Heldengedicht. Mit 12 Abbild. Preis 12 kr. = 3 Sgr

Im Geschmack Blumauers werden die Vorfälle des letzten Schweizerkrieges hier treu erzählt.

Nachruf an Louis Philipp. — Ode an Napoleon. — Manifest. Von A. Lamartine. Preis 9 kr. = 2½ Sgr.

Der Nachruf ist ein Gedicht von ebenso hoher poetischer Schönheit als politischer Bedeutung.

Neue humoristische Unterhaltungsbücher.

Der lustige Conducteur auf dem Eilwagen. 4 Thle in 1 Bd. Preis 1 fl. = 18 Sgr.

Der lustige Gesellschafter auf der Eisenbahn. 4 Thle in 1 Bd. Preis 1 fl. = 18 Sgr.

Der lustige Oberkellner im Gasthof. 4 Thle in 1 Bd. Preis 1 fl. = 18 Sgr.

Der lustige Schiffskapitän auf dem Dampfschiff. 4 Thle in 1 Bd. Preis 1 fl. = 18 Sgr.

Jedes der vorstehend genannten Werke enthält auf circa 500 enggedruckten Seiten eine reiche Sammlung Anekdoten, komische Briefe und Zeitungsanzeigen, Epigramme, Satyren, Parodien, Travestien und allerlei scherzhafte Aufsätze in Prosa und Versen, welche bleibenden Werh haben, und sowohl zur Unterhaltung auf Reisen und in Musestunden, als auch zum Wiederzählen und zu mannigfaltigen gesellschaftlichen Unterhaltungen reichen Stoff bieten.

Gesellschaftsspiele.

Nachstehende sinnreiche humoristische Post- und Reisespiele eignen sich zur erheiternden und nützlichen Familien-Unterhaltung für Groß und Klein, indem darin wirkliche Reisen stationsweise beschrieben sind, auf jeder Station aber irgend ein Abenteuer zu bestehen ist, welches zugleich bildlich ausgedrückt ist. Jedes Reisetableau enthält daher eine große Menge hübscher Abbildungen, und ist aufgeklebt auf viele Jahre zu benutzen.

Abenteuer des Eckensteher Nante, zu Wasser und zu Lande, von Memel nach Stettin, bis in die Residenz Berlin. In 64 Stationen. Mit illustrirtem Reisetableau. Preis 27 kr. = $7\frac{1}{2}$ Sgr.

Abenteuer auf der Donaureise bis nach Constantinopel. In 64 Stationen. Mit Reisetableau. Preis 18 kr. = 5 Sgr.

Abenteuer auf der Reise von München nach London. In 60 Stationen. Preis 24 kr. = 7½ Sgr.

Abenteuer des Lord Pudding und seiner Gefährten auf der Reise durch die Schweiz auf die Spitze des Montblanc. Preis 40 kr. = 12½ Sgr.

Abenteuer auf der Reise durch das Königreich Bayern zum Oktoberfest nach München. In 64 Stationen. Preis 27 kr. = 7½ Sgr.

Abenteuer der sieben Schwaben auf der Reise durch die 63 Oberämter Würtembergs nach der Residenzstadt Stuttgart. Preis 24 kr. = 7½ Sgr.

Abenteuer des jüngern Rübezahl auf der Reise durch Schlesien nach der Schneekoppe. In 64 Stationen. Preis 27 kr. oder 7½ Sgr.

Die Einnahme von Paris oder die deutschen Freiheitskriege 1813 bis 1815. Ein Würfelspiel mit 62 Abb. von Schlachten und Gefechten, Preis 27 kr. = 7½ Sgr.

In Form eines Würfelspieles werden hier ganz chronologisch alle Gefechte, Schlachten und sonstige Vorfälle der Befreiungskriege bis zum zweiten Pariser Frieden geschildert.

Die Blumensprache als Pfänderspiel. In Futteral. Preis 18 kr. = 5 Sgr.

Diese Auswahl von circa 100 Bedeutungen von Blumen und Pflanzen bietet in Form eines Gesellschaftsspieles eine so geistreiche und originelle Unterhaltung für junge Leute dar, daß dieses neue Pfänderspiel gewiß überall allen bisherigen vorgezogen wird.

Verzeichniß

der in diesem Bändchen enthaltenen Reden

von

Mittermaier. (2)
Struve.
Eisenmann. (2)
Gagern. (3)
Hecker. (4)
Schleiden.
Rolle.
Blum. (2)
Hamel.
Buhl.
Römer.
Wiesner.
Wesendonk. (2)
Welcker.
Itzstein. (3)
Raveaux.
Zitz.
Bassermann.
Schaffrath.
Uhland.
Venedey. (2)
Glaubrech.

BSB Bayerische StaatsBibliothek

MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Deutsche Parlaments-Bücher

Bd.: 1

Stuttgart 1848

Bamberg, Staatsbibliothek -- MvO.Rev.o.270#1
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11753614-4